Flugschriften
des
Evangelischen Bundes
zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen.

Nr. 330/331.

# Der Kulturkampf und Bismarck.

Von

Dr. phil. Karl Zuchardt

Halle (Saale) 1912
Verlag des Evangelischen Bundes.

# Der Kulturkampf und Bismarck

von

Dr. phil. Karl Zuchardt

Halle (Saale)
Verlag des Evangelischen Bundes
1912

Die Verantwortung für die einzelnen Ausführungen in der nachfolgenden Schrift trägt nicht der Evangelische Bund, in dessen Verlag die Schrift erscheint, sondern der Verfasser.

# Vorwort.

Die Geschichte des Kulturkampfes in Preußen muß in doppelter Hinsicht Interesse erwecken: einmal als wichtiges Stück deutscher Reichsgeschichte, dann aber auch wegen des prinzipiellen Problems des Kampfes zwischen Staatsgewalt und katholischer Kirche. Ich will im folgenden keine Kulturkampf-Chronik geben und nicht mit „photographischer Treue" alle Einzelheiten des Kampfes schildern, die z. T. längst vergessen und für die geschichtliche Beurteilung unwesentlich sind. Es kommt mir vielmehr darauf an, eine richtige Gesamtauffassung zu erzielen. Zu diesem Zwecke mußte ich m. E. zwei Punkte besonders betonen: 1. den beherrschenden Einfluß Bismarcks auf den Verlauf des Kulturkampfes und 2. die parteipolitische Seite des Kulturkampfes.

Im Interesse der Lesbarkeit habe ich Anmerkungen und Literaturangaben im Texte auf das geringste Maß beschränkt, und, wenn irgend möglich, im Anhang untergebracht.

Eine Darstellung des Kulturkampfes muß von vornherein damit rechnen, daß sie mit Mißtrauen aufgenommen wird. Daran würden auch einige im Vorwort geäußerte Versicherungen nichts ändern. Es ist also schon am einfachsten, die Darstellung selbst sprechen zu lassen.

Leipzig, im März 1912.

**K. Zuchardt.**

# Inhalt.


Seite

Vorwort . . . . . 3

I. Die katholische Kirche und der Ultramontanismus in Deutschland bis zum Jahre 1869 . . . . . 5

II. Das vatikanische Konzil und die Aufnahme des Unfehlbarkeitsdogmas in Deutschland. Der Altkatholizismus . . . . . 9

III. Der Beginn des Kulturkampfes . . . . . 12

IV. Überblick über den Verlauf des Kulturkampfes und die Kulturkampf-Gesetzgebung . . . . . 18

V. Die Durchführung des Kulturkampfes in der Praxis: Vorfälle und Stimmungen. . . . . 26

VI. Dr. Falk und die liberalen Parteien . . . . . 29

VII. Konservativismus und Protestantismus im Kulturkampf. Die Haltung des Kaisers . . . . . 35

VIII. Das Zentrum und der Kulturkampf. Windthorst . . . . . 38

IX. Bismarcks Haltung im Kulturkampf . . . . . 41

X. Das Ergebnis. Wirkungen und Lehren des Kulturkampfes . . . . 44

Anhang: Probleme der Geschichte des Kulturkampfes. Quellen und Literatur 47


## I. Die katholische Kirche und der Ultramontanismus in Deutschland bis zum Jahre 1869.

Unter allen großen Kulturvölkern der Gegenwart hat einzig das deutsche unter dem Gegensatze zweier Konfessionen ernstlich zu leiden. Unbedenklich und notwendig ist es, daß ein Volk durch politische und wirtschaftliche Fragen in viele Teile zerspalten wird; wirklich unüberbrückbare Gegensätze scheint nur die konfessionelle Zerrissenheit zu schaffen, indem sie grundsätzlich verschiedene Weltanschauungen herstellt und Teile desselben Volkes in ganz verschiedenen geistigen Atmosphären leben läßt. Sie gefährdet nicht nur die Einheit der Kultur, sondern die Einheit der Nation überhaupt. Wer ohne Übertreibung reden will, darf nicht behaupten, daß das deutsche Volk durch diesen Zwiespalt in völlig getrennte Hälften zerrissen werde, aber es sind doch bedenkliche Ansätze vorhanden. Es blieb auch in Kampfeszeiten Gott sei Dank noch immer genug Verbindendes. Oft scheint es allerdings nicht so. Wenn ein höchster katholischer Kirchenfürst Deutschlands einmal sagte: „Für den katholischen Priester gibt es in Glaubenssachen kein Gewissen“,[1]) so wird kein Protestant dafür Verständnis haben können. Und in den folgenden Blättern wird nur eine gewisse Verständnislosigkeit für das Empfinden des anderen Volksteiles an mancher Stelle die Schärfe des Gegensatzes erklären können, aber das soll nicht Anlaß zu heftiger Polemik oder gar zu Schmähungen werden, sondern in dieser bitterernsten Sache muß das erste Bestreben sein, möglichst viel zu verstehen. Diesem Zweck dient zunächst die historische Einleitung. Sie will nicht mehr als eine Orientierung über das Notwendigste sein.

Die erbitterten religiösen Kämpfe des 16. und 17. Jahrhunderts hatten im 18. einem völligen Indifferentismus in konfessionellen Fragen weichen müssen. Die Aufklärung glaubte ohne Religion in den Formen einer Kirche auskommen zu können. Für Josef II. war die Religion nur noch ein notwendiges Übel, solange die Massen nicht aufgeklärt seien. Das Papsttum war zu einer noch nie dagewesenen Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Die Beziehungen, die Rom mit den einzelnen Kirchenfürsten verbanden, waren ganz lose, von einer Abhängigkeit von Rom war keine Spur. Um 1800 war die Unbefangenheit und Gleichgültigkeit in konfessionellen Dingen soweit gediehen, daß man die Anstellung von gemeinsamen Professoren für protestantische und katholische Kirchenlehre erwog. Durch den Reichsdeputationshauptschluß von 1803 brach die äußere Ordnung der katholischen Kirche in Deutschland völlig zusammen, bis 1815 resp. 17 herrschte ein Zustand der Anarchie. Der Vorschlag des Konstanzer Weihbischofs Heinrich von Wessenberg an den Wiener Kongreß, eine

1) Michelis, S. 2.

deutsche Nationalkirche zu gründen, kann demnach nicht verwunderlich erscheinen, aber man ging darauf nicht ein. Der modernistische Professor Josef Schnitzer [1]) sieht den schlimmsten Fehler der preußischen Kirchenpolitik darin, daß sie diesen Plan nicht verfolgt, ja hintertrieben hat. Mit ihrer äußeren Neuordnung in Deutschland nach 1815 war die katholische Kirche selbst zufrieden. Wichtiger aber war ihr inneres Erstarken. Romantik und Restauration erwiesen sich für den Katholizismus als ein „fruchtbarer Mutterboden". Mächtiger als in Deutschland war diese Bewegung bei den romanischen Völkern. Besonders aus Frankreich kamen nach Deutschland jene ultrapapalistischen Bestrebungen, die — päpstlicher als der Papst — dem kämpfenden Teil des Katholizismus im 19. Jahrhundert die charakteristische Färbung geben: die ultramontanen. Die Demokratisierung der katholischen Kirche im 19. Jahrhundert gegenüber ihrer aristokratischen Form im 18. Jahrhundert ist oft bemerkt worden. Der ultramontanen Partei kam diese Entwicklung sehr gelegen, beförderte sie doch ihr Streben nach Herstellung des päpstlichen Absolutismus aufs beste. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der deutschen Katholiken war bis 1830 noch nicht besonders stark, es wurde ihnen aber, wie man auf katholischer Seite sagte, das „Gewissen geschärft" durch die kirchlichen Wirren in Preußen wegen der Frage der Mischehen. Nicht der Gegensatz der beiden Konfessionen, wohl aber die Ansprüche der Kurie gegenüber der Staatsautorität kamen damals klar zum Ausdruck. Zwar kam Friedrich Wilhelm IV. der katholischen Kirche in einer Weise entgegen, die vom staatlichen Standpunkte aus betrachtet als Schwäche gelten muß, aber die politische Entwicklung enthüllte die konfessionellen Gegensätze im Jahre 1848 schonungslos durch den Gegensatz zwischen Großdeutschen, die die Vorherrschaft des katholischen Österreichs, und Kleindeutschen, die die Vorherrschaft des protestantischen Preußen in Deutschland erstrebten. Die Bildung einer besonderen katholischen Partei verhinderte der einflußreichste Katholik des Frankfurter Parlaments und Freund Friedrich Wilhelms IV., der General von Radowitz, der übrigens neuerdings von katholischer Seite zu einer Art katholisch-deutschem Nationalheros gemacht wird. Im ganzen wirkte die Revolution auf die Entwicklung der katholischen Kirche in Deutschland günstig, hatte sie doch im Gefolge die „magna charta der Religionsfreiheit", die preußische Verfassung mit ihren Artikeln 12 bis 16 und 18, die völlige Religionsfreiheit garantierten. „Salus ex inimicis", ruft befriedigt Majunke, der erste Kulturkampf-Photograph (-Historiker wäre zuviel gesagt). Trotzdem spitzten sich nach 1850 die konfessionellen Verhältnisse immer mehr zu. Die Situation war so gespannt, daß zwei harmlose Erlasse [2]) des preußischen Kultusministers K. O. von Raumer (vom 21. Mai und vom 16. Juni 1852) genügten, um eine besondere

1) Zeitschr. f. Politik V, S. 1ff.

2) Der erste betrifft die Missionspredigten in Deutschland, der zweite verbietet das theologische Studium auf dem Collegium Germanicum (Jesuitenschule) in Rom.



katholische Fraktion im preußischen Abgeordnetenhause entstehen zu lassen. Sie zählte bereits 63 Mitglieder, darunter die späteren Zentrumsführer Mallinckrodt und die Brüder Reichensperger. Zu gleicher Zeit wurde in Baden die Regierung durch Nichtbeachtung von Staatsgesetzen von seiten des Freiburger Erzbischofs Hermann von Vicari, hinter dem Ketteler stand, zu einem Konflikt gezwungen. Schon die Verkündigung des Dogmas von der unbefleckten Empfängnis Mariä 1854 hatte in nichtkatholischen und liberalkatholischen Kreisen Befremden erregt. Dieses mußte aber zur Entrüstung steigen nach dem Bekanntwerden der päpstlichen Enzyklika von 1864 mit dem Syllabus, in dem die wichtigsten Grundlehren, auf denen sich Kultur und moderner Staat aufbauen, verdammt wurden. Bereits 1859 war der „Nationalverein" gegründet worden mit ausgesprochen kleindeutscher Tendenz. Diese Gründung sahen die Ultramontanen geradezu als eine Herausforderung an, und die Antwort war die Gründung des Reformvereins mit großdeutscher Tendenz. Wichtiger freilich waren andere katholische Vereinsgründungen und die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands seit 1848. Der Vorsitzende des Nationalvereins Rudolf von Bennigsen diskutierte in den sechziger Jahren wiederholt mit süddeutschen Gesinnungsgenossen über den Ultramontanismus; 1865 wurde sogar in der Vorstandssitzung des Nationalvereins über ein Projekt beraten, die Fortschritte und Übergriffe des Ultramontanismus zum Gegenstand regelmäßiger Beobachtung und Besprechung zu machen.[1]) Die Ultramontanen waren den deutschen Einheitsbestrebungen zunächst durchaus nicht feindlich gesinnt. In dem Maße aber, wie die kleindeutschen Pläne Aussicht auf Erfolg gewannen, verstärkte sich die Neigung der Ultramontanen, partikularistische Bestrebungen zu unterstützen. Deutschlands Einigung unter Preußens, der protestantischen Vormacht, Führung, das war für die Ultramontanen allerdings die unerwünschteste Lösung des deutschen Einheitsproblems. Sie sahen deshalb in dem Krieg von 1866 einen „Religionskrieg". Schlimmeres konnte den Ultramontanen nicht widerfahren als die Siege Preußens 1866 und 1870/71 über die beiden katholischen Vormächte Europas. Der Kardinal-Staatssekretär Antonelli in Rom glaubte nach dem Eintreffen der Nachricht von der Schlacht bei Königgrätz, die Welt müsse zusammenbrechen. Das können wir verstehen. Kaum verständlich aber ist es, daß ein preußischer Jurist, der spätere Zentrumsführer August Reichensperger am Vorabend der erwähnten Schlacht in sein Tagebuch schreiben konnte: wenn Österreich besiegt wird, dann stürzt das noch aufrechtstehende Stück Weltgeschichte zusammen.

Noch ein Wort über das Papsttum und über Bismarck. Das Papsttum hatte sich von seiner Bedeutungslosigkeit am Anfang des Jahrhunderts erholt, weniger durch das Verdienst hervorragender Päpste, als durch den Zug der Zeit (Lammenais' Papalsystem!). Der eigentliche Kulturkampf-Papst Pius IX. war 1846 auf den päpstlichen Stuhl gekommen. Anfänglich hatte er liberale Neigungen, verwies sogar die Jesuiten aus Rom,

1) Oncken, Bennigsen II, S. 215.

aber die Revolution und das Erstarken der nationalen Bewegung in Italien, die seinen weltlichen Besitz unmittelbar bedrohte, kurierten ihn gründlich von solchen Ansichten. In der Einsamkeit von Gaëta geriet er vollständig unter den Einfluß der Jesuiten. Diese hatten an der päpstlichen Alleinherrschaft natürlich ein lebhaftes Interesse, ein Mann läßt sich eben leichter beherrschen als eine Versammlung von Männern. Der in Rom anwesende Kardinal Hohenlohe schreibt an seinen Bruder, den bayrischen Ministerpräsidenten, im September 1869, den Jesuiten sei die Frage der Unfehlbarkeit im Grunde einerlei, sie wollen nur den Papst in ihren Händen haben. Wenn überhaupt je eine ernstliche moderne Regung bei Pius vorhanden war, dann hatte er sie jedenfalls bei Erlaß des Syllabus 1864 gründlich überwunden.

Bismarck lernte den Ultramontanismus während seiner Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter in Frankfurt am Main kennen. Er griff auch in den badischen Kirchenstreit vertraulich ein, seine Vorschläge zielten natürlich auf strengste Wahrung der Staatsautorität ab. Später und besonders in den ersten Jahren als Ministerpräsident hat Bismarck den Katholiken keinen Anlaß zu Klagen gegeben, aber die Ultramontanen in Rom fühlten doch instinktiv, daß die Politik dieses Mannes ihre Kreise am empfindlichsten störe. Ohne den geringsten äußeren Grund sahen sie in Bismarck bereits 1865 die „Incarnation des Teufels", wie uns der in diesen Dingen gut unterrichtete Harry von Arnim meldet. Am 12. März 1867 konnte Mallinckrodt im Norddeutschen Reichstag bei Beratung der Reichsverfassung einige Klagen über die vernichteten großdeutschen Hoffnungen nicht unterdrücken, Bismarck ließ ihn deshalb sehr energisch an. Das Verhältnis zu den Katholiken blieb aber zunächst noch ungetrübt. Im Gegenteil, 1868 äußerte Bismarck über die katholischen Geistlichen, er habe zu diesen „das Vertrauen, daß sie — wenigstens bei uns — vor allem Preußen sind und dann erst katholische Geistliche, die Polen und die im Collegium Germanicum Erzogenen freilich ausgeschlossen".[1]) Auf ultramontaner Seite aber wuchs der Übermut noch, besonders seitdem die klerikale Partei auf Napoleon III. einen erheblichen Einfluß gewonnen hatte.[2]) Deshalb wurde man auch auf protestantischer Seite immer nervöser. Beim geringsten Anlaß zeigte sich das, z. B. beim Moabiter „Klostersturm" im August 1869. Größere Bedeutung kommt den Pöbelexzessen gegen ganze vier Franziskaner, die sich in einem Stadtteil Berlins (Moabit) niedergelassen hatten, natürlich nicht zu — so groß die Flut der Petitionen auch war, die bei dieser Gelegenheit ans preußische Abgeordnetenhaus gelangte. Die Angelegenheit kam damals auf Wunsch der liberalen Mehrheit nicht zur Besprechung im Parlamente. Das war nicht Furcht, noch weniger Unterdrückung der katholischen Minderheit — den wahren Grund begreifen jetzt auch einsichtige Katholiken. Lasker hat ihn später offen angegeben: man konnte damals in Preußen so kurz vor dem Abschluß der deutschen Einigung konfessionelle Streitigkeiten und Konflikte nicht brauchen. Mußte aber vor dem großen Werke der Einigung nicht alles andere zurücktreten?

1) Völderndorff, Harmlose Plaudereien eines Alt-Münchners, S. 297.
2) Aus dem Leben Th. von Bernhardis VIII, S. 166.



Die Krönung der absolutistischen Entwicklung der katholischen Kirche, der Triumph der ultramontanen Partei im Katholizismus soll uns im folgenden Abschnitt beschäftigen.

## II. Das vatikanische Konzil und die Aufnahme der Unfehlbarkeitserklärung in Deutschland. Der Altkatholizismus.

Es war in den sechziger Jahren ein offenes Geheimnis, daß die ultramontane Partei in Rom die Erklärung der päpstlichen Unfehlbarkeit mit allen Mitteln anstrebte, und daß zu diesem Zwecke ein allgemeines Konzil in Aussicht stand. Noch 1867 hatte der Papst 25 ihm ergebene Bischöfe und Erzbischöfe ernannt, um eine sichere Mehrheit für sich zu gewinnen. Das vatikanische Konzil (einberufen am 8. Dezember 1868, eröffnet im Dezember 1869) hat seine eigene Geschichte und kann hier nur in seinen Ergebnissen berücksichtigt werden. Tatsache ist, daß schon die Vorbereitungen fast ausschließlich von Anhängern der päpstlichen Unfehlbarkeit (Infallibilität) getroffen wurden. Die Frage der Unfehlbarkeit wurde schon lange vor Eröffnung des Konzils in katholischen und nichtkatholischen Kreisen lebhaft besprochen. Auch sehr päpstlich gesinnte Katholiken sahen der kirchlichen Entwicklung mit Mißvergnügen entgegen. Man erfand, um nicht offen als Gegner des päpstlichen Absolutismus aufzutreten, die schöne Formel: die Verkündigung der Unfehlbarkeit sei zurzeit nicht „opportun". Die Abneigung gegen die bevorstehende neue Lehre vereinigte eine Anzahl hervorragender Katholiken (vorwiegend Zollparlamentsabgeordnete) im Juni 1869 zu einem Laienkonzil in Berlin unter dem Vorsitz P. Reichenspergers. Man fragte aber zuvor bei den deutschen Bischöfen an, wie weit man gehen dürfe, und so verlief die ganze Aktion sehr harmlos. „Mit Rom müsse man eine andere Sprache führen", meinte bei dieser Gelegenheit der österreichische Kardinal Schwarzenberg. Interessant ist auch Windthorsts Stellung. Am 11. Juni 1870 sagte er zu dem ihm befreundeten Professor von Schulte wörtlich: „Wenn das Dogma proklamiert wird, so werde ich in sechs Wochen exkommuniziert. Das kann ich nicht glauben und das glaube ich auch nicht."[1]) Unter den deutschen Bischöfen befanden sich nur vier ausgesprochene Infallibilisten. Eine Versammlung der deutschen Bischöfe in Fulda remonstrierte deshalb gegen bevorstehende neue Dogmen, aber sehr allgemein und sehr zahm. Auch die Regierungen mußten sich mit der Konzilfrage beschäftigen. Der bayrische Ministerpräsident Fürst Chlodwig Hohenlohe hatte in einer Note vom 9. April 1869 sämtliche Regierungen aufgefordert, Maßregeln gegen die zu erwartende Unfehlbarkeitserklärung zu treffen. Hohenlohe stand damals zweifellos unter dem Einfluß Döllingers, von dem auch der Text der bayrischen Note in der Hauptsache stammt.[2]) Hohen-

1) Deutsche Revue 32 (II), 1907, S. 290.
2) Hohenlohe, Denkwürdigkeiten I, S. 351 f.

lohes Plan eines gemeinsamen Vorgehens gegen etwaige Übergriffe des Konzils scheiterte aber, wie es scheint, hauptsächlich an dem Widerstande Österreichs (Graf Beust) und Frankreichs. Von anderer Seite wird allerdings die „Vereitelung der Intrigue Hohenlohes" der diplomatischen Gewandtheit des englischen Kardinals Manning und des ihn unterstützenden englischen Gesandten Odo Russell in Rom zugeschrieben.[1]) Ob eine Aktion schon vor der Unfehlbarkeitserklärung nützlich gewesen wäre oder nicht, ist kaum zu entscheiden, jedenfalls wäre sie sehr schwierig auszuführen gewesen. Die Regierungen hatten zunächst um so weniger Anlaß zum Einschreiten, als die besonderen kirchenpolitischen Kommissionen, die beim Konzil gebildet waren und gegen die man am mißtrauischsten gesinnt war, wieder aufgelöst wurden. Es ist nicht meine Aufgabe, den Verlauf des Konzils und die dramatischen Auftritte darzustellen, unter denen schließlich die Annahme der Unfehlbarkeitserklärung im Konzil gegen eine Minderheit, die aber eine überwältigende Mehrheit von katholischen Seelen vertrat, durchgesetzt wurde. Am 18. Juli 1870 wurde in der Peterskirche zu Rom die Annahme der päpstlichen Unfehlbarkeit unter Donner und Blitz feierlich verkündet, während das gewaltige Ringen Deutschlands und Frankreichs seinen Anfang nahm.

Der Wortlaut der Unfehlbarkeitserklärung ist in der Übersetzung:

„Daher lehren wir und erklären es unter Zustimmung des heiligen Konzils als göttlich geoffenbarten Glaubenssatz, daß der römische Papst, wenn er von seinem Lehrstuhle (ex cathedra) spricht, d. h. wenn er in Ausübung seines Amtes als Hirt und Lehrer aller Christen gemäß seiner höchsten Machtvollkommenheit eine von der ganzen Kirche anzuerkennende Lehre über Glauben und Sitte festsetzt, durch göttlichen Beistand, der ihm im hl. Petrus verheißen ist, mit jener Unfehlbarkeit begabt ist, mit welcher der göttliche Erlöser seine Kirche bei Feststellung einer Lehre über Glauben oder Sitte ausgestattet wissen wollte; daß daher derartige Aussprüche des römischen Papstes aus sich selbst (ex sese), nicht aber wegen der Zustimmung der Kirche unabänderlich sind."

Die Folge dieses Beschlusses war natürlich, daß alle päpstlichen Bullen, die jemals erlassen worden waren, unabänderlich gültig bleiben mußten, sobald sie als „ex cathedra" erlassen angesehen wurden. Daraus ergab sich bisweilen geradezu purer Unsinn, indem Bullen verschiedener Päpste sich einfach widersprachen. Auch längst erledigte ganz unsinnige Bullen wurden zum unfehlbaren katholischen Glaubensbestandteil erhoben, z. B. die Bulle Pauls IV (cum ex apostolatus officio), nach der jeder nichtkatholische Landesherr abzusetzen ist. Auf katholischer Seite hatte man für solche Widersprüche eine bequeme Erklärung: man leugnete einfach, daß unbequeme päpstliche Verfügungen „ex cathedra" erlassen worden seien. Man muß zugeben, daß die offizielle Erklärung der Unfehlbarkeit in der Tat nur die „Kodifizierung eines schon bestehenden Zustandes" — wie Bismarck gleich richtig erkannte — bedeutete.

1) Victor de Marolles, Kardinal Manning, S. 77.



Handelte es sich nun in der Tat nur um eine innere Angelegenheit der katholischen Kirche? Auf den ersten Blick erscheint es so. Die Frage war aber, welchen Gebrauch der Papst von dem neuen Dogma machen würde. Sein Einfluß war gewaltig gewachsen. Von Selbständigkeit des Episkopats war, sobald der Papst wollte, keine Rede mehr, jeder Bischof konnte sofort zum Exekutivbeamten des päpstlichen Willens herabgedrückt werden. Aber alle Regierungen zogen es vor, zunächst die weitere Entwicklung abzuwarten, um so mehr als das Interesse an den kirchlichen Fragen durch den deutsch-französischen Krieg in den Hintergrund gedrängt wurde. Die deutschen Bischöfe unterwarfen sich sämtlich, auch diejenigen, die noch während des Konzils die heftigsten Gegner der Unfehlbarkeitserklärung gewesen waren. Am längsten zauderte Bischof Hefele von Rottenburg, aber auch er unterwarf sich schließlich. Unter den Gegnern der päpstlichen Unfehlbarkeit waren gerade die geistig hervorragendsten katholischen Kirchenfürsten gewesen, aber alle zogen das sacrificio dell' intelletto einem Konflikt mit Rom vor. In Laienkreisen war die Aufnahme ähnlich; auch Windthorst konnte jetzt an das neue Dogma glauben, er äußerte sich allerdings bald nach dem Konzil zu dem Kanonikus Dr. Künzer „sehr grimmig über die Jesuiten, die an allem schuld seien, und bei deren Vertreibung er keinen Finger rühren würde". Der Widerstand gegen das neue Dogma erhob sich — das ist bemerkenswert — gerade in den theologisch gebildetsten katholischen Kreisen. Er führte zur Bildung des Altkatholizismus, über den ich hier gleich einige Worte sagen möchte.[1])

Die Bedeutung des Altkatholizismus ist anfänglich sehr überschätzt worden, man setzte die größten Hoffnungen auf ihn, er schien den Anfang zu bedeuten für die Verwirklichung des Traumes einer deutschen Nationalkirche. Die altkatholische Bewegung ging von München aus, wo ihr geistiges Haupt Döllinger Universitätsprofessor war. Diesen den „Luther des 19. Jahrhunderts" nennen, heißt Luther nicht kennen und Döllinger maßlos überschätzen. Döllinger ist immer einseitiger Katholik geblieben. Er hätte es sich bequemer machen können, wenn er das frivole Rezept eines geistlichen Herrn aus Bayern befolgt hätte, der im Reichstag geäußert haben soll: „Glaubt der alte Esel so viel Unsinn, konnte er auch die Unfehlbarkeit glauben." [2]) Aber gerade dieser Wahrheitsmut gegen seine Mutterkirche, der selbst vor der großen Exkommunikation nicht zurückschreckte, ehrt ihn. Der wirkliche Führer des Altkatholizismus wurde der Prager, später Bonner Professor Ritter von Schulte. Er wurde vom Kultusminister Falk anfänglich auch zu Beratungen über die Verhältnisse

1) Es sei bemerkt, daß weite protestantische Kreise, vor allem solche, die dem Evangelischen Bund nahestehen, eine wesentlich günstigere Auffassung vom Altkatholizismus haben. Zweifellos ist dieser, wenn man nur den Glaubensmut und die Überzeugungstreue seiner Anhänger in Betracht zieht, eine außerordentlich sympathische Erscheinung. Ich habe aber hier den Altkatholizismus allein in seiner Bedeutung für den Gesamtverlauf des Kulturkampfes zu würdigen, und in dieser Beziehung kann das Urteil nicht günstig lauten.

2) Bebel, Aus meinem Leben II, S. 257.

der katholischen Kirche, als man von der altkatholischen Bewegung noch etwas erwartete, herangezogen, an der späteren Gesetzgebung aber ist er ganz unbeteiligt. 1873 wurde ein besonderer altkatholischer Bischof Reinkens, zuvor Professor in Bonn, gewählt. Die Regierung begünstigte den Altkatholizismus in jeder Weise. Für Bismarck war er natürlich nur ein Mittel, und er verzichtete sofort auf die Mitwirkung der Altkatholiken, sobald er ihre Schwäche erkannt hatte. Und das war bald der Fall. Die Bewegung sank schnell zu immer größerer Bedeutungslosigkeit herab. Als Grund dafür kann man das mangelnde Interesse der Protestanten nicht geltend machen; den Altkatholiken lag eine engere Fühlung mit dem Protestantismus durchaus fern. Die Gründe für das notwendige Scheitern der altkatholischen Bewegung erörtert sehr klug der spätere Reichskanzler Hohenlohe, der selbst Katholik war. Er rechtfertigt durch seine Ausführungen,[1]) die im April 1871 niedergeschrieben sind, gewissermaßen seinen Nichtanschluß an die altkatholische Bewegung. Er führt aus, daß ein Interesse an dogmatischen Spitzfindigkeiten überhaupt nicht mehr existiere. Die Katholiken bestehen aus zwei Hälften: die eine, die gläubige, würde auch gläubig bleiben, selbst wenn sich der „Papst zum Dalai Lama dekretiere und die buddhistische Gebetstrommel einführen würde", die andere, die indifferente Hälfte aber würde sich niemals für den Kampf gegen e i n neues Dogma begeistern können, bei dem sie alle alten Dogmen, die sie längst nicht mehr glaubten, ausdrücklich beibehalten müßten.

Ich konnte mir gestatten, mich durch diesen Exkurs von den Erörterungen über das Unfehlbarkeitsdogma etwas zu entfernen, denn der nunmehr zu behandelnde Beginn des Kulturkampfes hat, wie ich zeigen will, keinen direkten Zusammenhang mit der Unfehlbarkeitserklärung.

## III. Der Beginn des Kulturkampfes.

Die ältere katholische Auffassung vom Kulturkampf ist die, daß nach 1866 Bismarck und die Liberalen zum Kampfe gegen Rom fest entschlossen gewesen seien. Die deutsche Einheitsfrage und der deutsch-französische Krieg hätten nur eine Vertagung des wohlüberlegten Planes bewirkt, und nach 1871 seien die Kräfte frei geworden, die katholische Kirche in Deutschland systematisch zu unterdrücken. Der Kulturkampf sei also eine „längst beschlossene Sache" gewesen. Diese Ansicht kann angesichts der Tatsachen kein verständiger Katholik mehr aufrecht erhalten.[2]) Schon eine geringe Kenntnis von Bismarcks politischem Charakter genügt, um einzusehen, daß es für ihn vorgefaßte Meinungen und Doktrinen nicht gab. Er blieb auch in seiner Politik der katholischen Kirche gegenüber der Empiriker, der keinen immer gültigen Maßstab für sein Handeln kannte. Gerade während des deutsch-französischen Krieges war das Verhältnis der

1) Denkwürdigkeiten II, S. 52.
2) Auch die jüngste katholische Kulturkampfgeschichte von Kißling gibt diese Ansicht auf.



preußischen Regierung zur Kurie ausgezeichnet. Der führende Kopf der katholischen Geistlichkeit in Deutschland, der Bischof Ketteler, verkehrte bis 1871 sogar persönlich freundschaftlich mit Bismarck; im Oktober 1870 wandte er sich an Bismarck wegen Aufnahme der Artikel der preußischen Verfassung, die die Religionsfreiheit festsetzten, in die Reichsverfassung. Die Intervention des Kardinals Ledochowski in Versailles bei Bismarck zugunsten des Kirchenstaats stieß wenigstens auf Wohlwollen, Bismarck dachte sogar einen Augenblick daran, den Papst zur Friedensvermittlung auszunutzen, auch teilte er die Aufrichtung des Deutschen Reiches der Kurie offiziell mit, worauf der Papst mit einem herzlichen Glückwunschschreiben antwortete. Die Adresse deutscher Katholiken wegen Schutzes des Kirchenstaates vom 18. Februar 1871 an Kaiser Wilhelm konnte zunächst keine Mißstimmung erregen, hatte doch die Regierung selbst ein Interesse daran, daß der Papst mit seinem Einfluß auf eine große Anzahl deutscher Untertanen nicht völlig in die Hände einer anderen Großmacht (Italien) geriete.

Das freundliche Verhältnis zur Kurie, auf das Bismarck Wert legte, verdient um so mehr anerkannt zu werden, wenn man die heftigen Äußerungen ultramontaner Feindschaft gegen das neue Reich betrachtet. Bismarck hatte allerdings schon als preußischer Bundesgesandter erkannt, daß die Ultramontanen den preußischen Staat „bis auf seine Existenz als ketzerischen Mißbrauch" ansahen. Das neue Deutsche Reich stand unter Preußens Führung, und so übertrug sich die ultramontane Feindschaft leicht auf das „evangelische Kaisertum der Hohenzollern". Es waren vor allem bayrisch-partikularistische Zeitungen und dann italienische und schweizerische Jesuitenorgane, in denen der Haß gegen Preußen und das neue Reich in empörender Weise zum Ausdruck kam. Auch die erbittertste Feindschaft kann solche Schamlosigkeiten, in denen sich z. B. Sigls „Bayr. Vaterland" gegen Preußen erging, nicht im entferntesten rechtfertigen. Auch das „Münchener Volksblatt" leistete sich ähnliches. Dieses Blatt fand, man muß wirklich sagen, den Mut, am 16. Juli 1870 unmittelbar beim Ausbruch des deutsch-französischen Krieges „von den preußischen Mördern" in solchem Tone zu reden: „Vor den siegreichen Kanonen Frankreichs, das Gott berufen, unsere Rache zu übernehmen, da ist der rechte Platz für Kain-Preußen!" Die Tätigkeit der katholischen „Patrioten"partei im bayrischen Landtage, die dem Eintritt in das neue Deutsche Reich am heftigsten widerstrebte, ist bekannt. — Von den auswärtigen ultramontanen Zeitungen trieben das schlimmste Unwesen die „Genfer Korrespondenz" und die „Civiltà cattolica", die sich beide päpstlicher Protektion erfreuten. Beide Organe ergingen sich in maßlosen Angriffen gegen Bismarck, Preußen und das neue Reich.[1]) Der Bischof Ketteler von Mainz, eine gerade, aufrichtige, wenn auch oft fanatische Natur, lehnte öffentlich ab, die „Genfer Korrespondenz" wegen ihres Geistes und Tones weiter zu lesen.

Niemand wird diese Ausschreitungen der Erzultramontanen ohne

1) Vgl. dazu Menzel, Jesuitenumtriebe I.

weiteres der katholischen Kirche zuschreiben. Aber natürlich trugen sie dazu bei, die feindselige Stimmung gegen den Katholizismus, die sich nach und nach in den nichtkatholischen Volksteilen Deutschlands immer mehr verbreitete, zu verstärken. Die große Masse der Nichtkatholiken in Deutschland gab sich nicht immer die Mühe, einen Unterschied zwischen ultramontan und katholisch zu machen, und so kam es, daß sich der „furor protestanticus" bisweilen gegen die katholische Kirche ganz allgemein richtete. Die Abneigung galt nicht mit Unrecht denjenigen, die offenbar die Urheber alles Übels waren, den Jesuiten. Ihre Vertreibung aus Deutschland wurde schon seit Ende der sechziger Jahre öfters gefordert. Andererseits muß hervorgehoben werden, daß der Protestantismus seinerseits zu einer kräftigen Einigung und zu einer positiven Stellungnahme nicht fähig war:[1]) die große, mit viel Geräusch angekündigte Protestantenversammlung in Berlin im Oktober 1871 ging aus wie das Hornberger Schießen. Soviel aber ist sicher, daß Bismarck bei etwaigen Schritten gegen den Übermut der Ultramontanen auf begeisterten Widerhall bei der überwiegenden Masse der nichtkatholischen Bevölkerung Deutschlands rechnen konnte. Auch dadurch ließ sich Bismarck nicht verleiten, den Kampf gegen die katholische Kirche aufzunehmen.

Als Bismarck aus Frankreich zurückkehrte, hatte nach seinen eigenen Worten die ultramontane Partei „mobil gemacht", und eine fest geschlossene politische Partei, das Zentrum, stand ihm gegenüber. Schon die Tatsache, daß die Katholiken mitten in der vaterländischen Begeisterung des deutsch-französischen Krieges überhaupt Zeit gefunden hatten, ihre speziellen Interessen hervorzukehren und ihnen eifrig zu dienen, erfüllte die nationalen Kreise mit Mißtrauen. So wurde die neue Partei, wie Lasker später schrieb, von vornherein als ein „fremdartiges Element" — erst im preußischen Landtag, dann im Reichstag — empfunden. „Man stand unter der Spannung eines drohenden Gewitters."

Bismarck war nicht gerade erfreut über die Neugründung, aber er wartete auch hier die Weiterentwicklung ab, und die war in seinen Augen sehr bedenklich. Der Charakter der neuen Partei offenbarte sich im Reichstag bei Gelegenheit zweier großer Debatten: Ende März 1871 versuchte das Zentrum in einer an den Kaiser gerichteten Adresse die Frage der Intervention zugunsten des Kirchenstaates wenigstens nicht von vornherein auszuschließen, und im April 1871 versuchte sie in die Reichsverfassung Grundrechte hineinzubringen, wobei es ihr vor allen Dingen auf unbeschränkte Religionsfreiheit ankam. In beiden Fällen steigerte der Ton der Debatten noch die Bedenken gegen die Sache.

Der Kirchenstaat war — nicht zum Schaden für dieses Gebiet — nach der Besitzergreifung durch das Königreich Italien endgültig für den

1) Die Erklärung hierfür ist nicht schwer, wenn man an das große Maß individueller Freiheit, das der Protestantismus seinem Wesen nach seinen Anhängern gewährt, sowie an die mangelhafte Organisation der evangelischen Landeskirchen denkt.



Papst verloren. Für jeden, der sich entschieden auf den Boden des neuen Deutschen Reiches stellte, war es, besonders bei den Beziehungen Deutschlands zu dem ebenfalls geeinten Italien, selbstverständlich, daß Deutschland in dieser Angelegenheit nichts unternehmen konnte. Außerdem war die Unabhängigkeit des Papstes — das einzige, wofür sich Bismarck zu interessieren brauchte — durch das italienische Garantiegesetz ausgesprochen. Aber die deutschen Katholiken verlangten Wiederherstellung des Kirchenstaates, und an den Reichstag wurden zahlreiche dementsprechende Petitionen gerichtet.

Am 14. Mai 1871 hatte wegen dieser Angelegenheiten der freikonservative Abgeordnete Graf Fred Frankenberg eine Unterredung mit Bismarck. Er hatte den Eindruck, daß „Bismarck nicht entfernt die Absicht hege, mit den Ultramontanen in Unfrieden zu geraten, aber daß er ihre Angriffe wie in der Adreß- und Grundrechtsdebatte, wenn sie wiederholt würden, kräftig abweisen werde".[1]) Bismarck beteiligte sich an den Debatten im Reichstag gegen das Zentrum zunächst überhaupt noch nicht. Seine vorsichtige Zurückhaltung beweist, daß er sich über den Charakter der neuen Partei erst völlig klar werden wollte.

Es muß hier der sogenannten Braunsberger Angelegenheit gedacht werden, die die preußische Regierung bereits seit 1871 beschäftigte und die verschiedentlich als das „Debut des Kulturkampfes" bezeichnet worden ist. Die Regierung bemühte sich, das Unfehlbarkeitsdogma „weder direkt noch indirekt" anzuerkennen. Sie nahm deshalb zwei altkatholische Religionslehrer in Braunsberg, den Gymnasiallehrer Wollmann und den Seminardirektor Treibel, gegen den Bischof von Ermland, Dr. Krementz, in Schutz. Der preußische Kultusminister Mühler, der sich seit einiger Zeit nur noch durch die Beziehungen seiner Frau zum Hofe halten konnte, benahm sich in dieser Angelegenheit wenig geschickt. Erst sein Nachfolger Falk brachte die Angelegenheit in Ordnung, indem er Dispensation vom staatlichen Religionsunterricht bei den altkatholischen Professoren gestattete, wenn der Bischof für ausreichenden Ersatz sorgte, was natürlich sofort geschah. Trotz des Aufsehens, das die Angelegenheit seinerzeit erregte, u. a. wandten sich auch die deutschen Bischöfe gemeinsam an den Kaiser, hatte sie für die Entwicklung des Kulturkampfes nur untergeordnete Bedeutung.[2])

Bismarck hatte inzwischen (Mai 1871) seine erste Aktion gegen das Zentrum unternommen: den Versuch, die Partei durch päpstliche Mißbilligung gewissermaßen unmöglich zu machen. Es gelang ihm auch, den schlecht unterrichteten Kardinalstaatssekretär Antonelli, dessen staatsmännische Befähigung nach Arnim „eine Erfindung der Diplomaten" war, zu bewegen, diese Mißbilligung auszusprechen. Bismarck ließ die Nachricht sofort durch den Grafen Frankenberg in die Öffentlichkeit bringen. Die Zentrumsleitung parierte den Streich durch Vermittlung des Bischofs

1) Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier II, S. 159. Über diese Unterredung berichtet P. in einer seiner letzten Veröffentlichungen ausführlicher. (Tägl. Rundschau vom 11. August 1911.)

2) Alle Aktenstücke für diese Angelegenheit bei Siegfried, S. 40 ff.

Ketteler, und nach einigen Drehungen und Wendungen brachte Antonelli schließlich in einem Briefe vom 5. Juni 1871 an Ketteler auch noch eine Billigung der Haltung des Zentrums seitens des heiligen Vaters fertig. Es kam also bei der ganzen Sache nichts heraus.

Bismarcks langes Zaudern mit dem Beginn des Kulturkampfes erklärt sich zum Teil auch dadurch, daß er die preußischen Konservativen zur Mithilfe gewinnen wollte. Er benutzte deshalb auch die Kreuzzeitung, um durch einen von ihm inspirierten Leitartikel am 22. Juli 1871 die Kriegserklärung gegen das Zentrum, nicht gegen die katholische Kirche, auszusprechen.[1]) Die Führung des Zentrums wird als „Bundesgenossin des römischen Jesuitismus" bezeichnet und erklärt, daß die Partei „es mit der Einheit Deutschlands nicht ernstlich meinen könne". Die Regierung werde bei weiteren „Aggressionen" des Zentrums ihre bisherige Zurückhaltung aufgeben und ebenfalls zum Angriff übergehen.

Am 8. Juli 1871 folgte nunmehr die erste Maßregel: die Aufhebung der von Friedrich Wilhelm IV. eingerichteten katholischen Abteilung im Kultusministerium. Bismarck hatte bereits im April zu Hohenlohe geäußert, daß er demnächst „die Klique Krätzig aus dem Kultusministerium austreiben würde". Die katholische Abteilung war schon in den letzten Jahren kaum noch beschäftigt worden, ihr letzter Direktor war Dr. Krätzig, der „unleidlichste Ultramontane", wie ihn der Katholik Frankenberg nannte. Von katholischer Seite bemüht man sich natürlich nachzuweisen, wie segensreich die katholische Abteilung gewirkt habe. Das ist aber außerordentlich schwierig. Jedenfalls war es der preußischen Regierung nicht zu verdenken, wenn sie bei dem Stande der Dinge darauf verzichtete, auch nur — um es ganz milde auszudrücken — die Möglichkeit eines Kristallisationspunktes für ultramontane Umtriebe direkt in ihrem Schoße zu bergen.

Eine Kampfesmaßregel kann man jedoch diese einfache Aufhebung noch nicht nennen. Die erste Kampfesmaßregel wurde vielmehr erst einige Monate später ergriffen: die Aufnahme des Lutzschen Kanzelparagraphen gegen die Agitation der Geistlichen in das deutsche Strafgesetz. Dieser stellte Besprechungen von Angelegenheiten des Staates „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise" von der Kanzel aus unter Strafe. Schon durch die Art und Weise seiner Einbringung und durch seine Rechtfertigung im Reichstage wurde der Kanzelparagraph zum Kampfgesetz gestempelt. Die Anregung dazu hatte im Bundesrat Bayern gegeben, speziell der bayrische Minister von Lutz, der auch den Gesetzentwurf von Regierungsseite im Reichstage verteidigte — allerdings in viel zu heftiger, aggressiver Weise. Sein Benehmen fand besonders in diplomatischen Kreisen wenig Anklang, er soll es auch hinterher selbst bereut haben. Lasker [2]) erhebt sogar gegen Lutz den Vorwurf, daß er „die Glühhitze religiöser Leidenschaftlichkeit und die verbitternde Schärfe der Sprache in die parlamentarische Diskussion über Sachen des Kirchenstreits eingeführt

1) Wörtlich abgedruckt bei Majunke, S. 184 f.
2) Cahn, Aus Ed. Laskers Nachlaß, S. 62.



und zu den nachfolgenden Stürmen das erste Beispiel gegeben habe". Die nationalliberale Partei, auf die es vor allem ankam, begrüßte den Kanzelparagraph nicht mit ungemischter Freude, aber bei Bennigsen überwog das Gefühl, „daß man etwas tun müsse, um die Ultramontanen aus ihrer defensiven Stellung herauszubringen". So wurde der Kanzelparagraph angenommen (publiziert am 10. Dezember 1871), aber mit der nicht gerade erheblichen Mehrheit von etwa 70 Stimmen, denn es lastete auf ihm doch nach Ansicht mancher Liberaler etwas von dem Odium eines Ausnahmegesetzes.

Bismarcks Augenmerk war vom März 1871 bis zur Einbringung des Kanzelparagraphen fast nur auf das Zentrum gerichtet, nicht auf die katholische Kirche an sich. Mit dem Zentrum mußte er als mit einem politischen Faktor rechnen. Die Partei zählte bereits einige 60 Mitglieder, sie war fester geschlossen als irgend eine andere Partei, vor allem aber übertraf ihre Führung in der parlamentarischen Taktik alle anderen Parteien. Dazu kam die Zusammensetzung der Partei. Sie hatte alle Elemente in sich aufgenommen, deren Stellung zu dem neuen Reiche eine zweifelhafte war, in erster Linie die Welfen. Dazu kam ihre ausgesprochen partikularistische Färbung und das gute Verhältnis zu den Polen. Das waren für Bismarck Gründe genug, das Zentrum als eine für das Deutsche Reich nicht günstige Schöpfung anzusehen. Die Lage der auswärtigen Politik Deutschlands war nach dem Kriege nicht so, daß Bismarck in dieser Beziehung völlig beruhigt sein konnte, um so mehr mußte ihm die innere Stärkung des neuen Reiches am Herzen liegen. Die Sozialdemokratie spielte damals noch keine Rolle, es stand der „Konsolidierung des Reiches nach innen" nach Bismarcks Ansicht nur das Zentrum entgegen. Ihm galt daher sein Kampf, nicht der katholischen Kirche.

Der Kulturkampf beginnt mit Bismarcks Entschluß, das Zentrum zu bekämpfen. Das hat auch der katholische Professor Martin Spahn zugegeben.[1]) Der Kampf gegen das Zentrum war nicht anders zu führen, als daß versucht wurde, den Einfluß der katholischen Kirche auf die Wählermassen abzugraben. Für die Art und Weise der Führung des Kampfes gegen diese Seite der katholischen Kirche war natürlich noch eine Menge anderer Gründe maßgebend. Zweifellos aber ist, daß von einem vorgefaßten doktrinären Plane eines Kampfes gegen Rom bei Bismarck keine Rede sein konnte, daß vielmehr nur der Entschluß, das Zentrum zu bekämpfen, vorhanden war. Daß Bismarck den Schauplatz des Kampfes alsbald vom Reichstag in den preußischen Landtag verlegte, ist nur eine taktische Maßregel. Bismarck hatte in Preußen die Stränge doch fester in der Hand, und dann wollte er das neue Reich nicht gleich in den ersten Jahren seines Bestehens einem Konflikt aussetzen. Nur im Anfang hat er vielleicht daran gedacht, die ganze Gesetzgebung über die kirchlichen Angelegenheiten zur Reichssache zu machen — ein Plan, der auch dem Kaiser sympathisch gewesen sein soll.[2])

1) Das deutsche Zentrum, S. 49.
2) Hohenlohe, Denkwürdigkeiten II, S. 61.

## IV. Überblick über den Verlauf des Kulturkampfes und die Kulturkampfgesetzgebung.

Am 22. Januar 1872 löste Dr. Falk den Herrn von Mühler als Kultusminister in Preußen ab. Die von seinem Vorgänger dem Landtage bereits vorgelegten Gesetzentwürfe zog er bis auf das Schulaufsichtsgesetz zurück. Die „Petitionsstürme", die dieses Gesetz ebenso wie vorher die Moabiter Klosterfrage, die Frage der Wiederherstellung des Kirchenstaates und später alle kirchenpolitischen Gesetze, verursachten, brauchen uns nicht zu beschäftigen: man weiß, wie sie gemacht werden. Die Zahl der Petitionen von katholischer Seite überwog natürlich die von protestantischer Seite erheblich. Die Zentrumsleitung regulierte den Zustrom von Petitionen, wie sich aus einem konfiszierten Briefe Windthorsts ergibt, ganz nach taktischen Bedürfnissen. Das Schulaufsichtsgesetz (vom 11. März 1872) bestimmte, daß die Aufsicht über das gesamte Schulwesen dem Staate zufallen sollte. Die Anstellung der mit der Schulinspektion im Neben- oder Ehrenamt beauftragten Personen (das waren die Pfarrer) konnte jederzeit widerrufen werden. Die Zentrumsabgeordneten wehrten sich heftig dagegen, dem Staate ein „Schulmonopol" einzuräumen, sie fanden aber nur Unterstützung bei wenigen Konservativen. Bismarck griff von jetzt ab selbst lebhaft in die Kämpfe ein. Im Herrenhaus verdankte man die Annahme des Gesetzes der regen Tätigkeit des Grafen Münster. Zu den eigentlichen Kampfgesetzen kann man indessen das Schulaufsichtsgesetz kaum zählen, es wurde durch dieses Gesetz eine schon seit langem aufgestellte Forderung erfüllt. Die Gefahr, in katholischen Gegenden besonders die Volksschulen unter die Herrschaft ultramontaner Geistlichen gelangen zu lassen, beschleunigte nur die an sich wünschenswerte Reform beträchtlich.

Das Rad war aber durch das Schulaufsichtsgesetz und die dabei geführten Debatten ins Rollen gekommen und nicht mehr aufzuhalten. Im Mai und Juni 1872 wurde noch einmal der Reichstag zum Schauplatz des Kampfes. Am 24. April 1872 war der Kardinal Hohenlohe, ein Bruder des Fürsten Chlodwig Hohenlohe, des späteren Kanzlers, zum deutschen Botschafter beim heiligen Stuhle ernannt worden; es war damals nur noch ein deutscher Geschäftsträger dort. Der Papst lehnte den Kardinal als Botschafter ab, und am 14. Mai 1872 brachte Bennigsen die Angelegenheit im Reichstage zur Sprache. Bismarck antwortete sofort darauf mit einer außerordentlich geschickten Rede, in der er auch die Worte gebrauchte: „Seien Sie ohne Sorge, nach Canossa gehen wir nicht, weder geistig noch körperlich." Zum richtigen Verständnis dieses Ausspruches muß man hinzufügen, daß er die Antwort auf die von Bennigsen ausgesprochene Befürchtung war, man möchte durch diplomatische Beziehungen und Konkordate wieder zur Nachgiebigkeit gegen Rom veranlaßt werden. Wenn man diese Botschafteraffäre nur als einen diplomatischen Schachzug Bismarcks, um Rom ins Unrecht zu setzen, ansieht, wie es vereinzelt geschieht, so trifft das zweifellos nicht das Richtige. Bismarcks Haltung war allerdings



raffiniert klug: der Papst hatte nur zwei Wege, er konnte den Botschafter annehmen oder ablehnen, auf jeden Fall war der Vorteil auf Bismarcks Seite. Es läßt sich aber nicht bezweifeln, daß Bismarck bei seiner Vorliebe für direkte Verhandlungen mit Rom die ernsteste Absicht hatte, den Kardinal Hohenlohe als Botschafter durchzusetzen. Daß er gerade diesen wählte, ist sehr verständlich. Von ihm wußte man, daß er die deutschen Interessen rückhaltlos vertreten würde, außerdem konnte er sich als hoher Kirchenfürst den genügenden Einfluß in Rom sichern — ganz abgesehen von seinen vorzüglichen Beziehungen zur europäischen Diplomatie. Frankreich und Österreich waren schon durch Kardinäle vertreten gewesen, es war also durchaus nichts Ungewöhnliches. Selbst Bismarcks Antipode Arnim gibt zu, daß der Botschafter ein hoher katholischer geistlicher Würdenträger sein müßte, da ein Laie keinen Einfluß erlangen könnte. Die Ablehnung Hohenlohes war ein starkes Stück und widersprach den diplomatischen Gepflogenheiten. Die Kurie hätte sich selbst vorher sagen können, daß man im nichtkatholischen Deutschland die Ablehnung einfach als eine päpstliche Arroganz gegen den alten Heldenkaiser ansehen würde.

Am 14. Mai 1872 hatte Bismarck eine Zirkulardepesche an die deutschen Vertreter bei den fremden Mächten gesandt zu dem Zwecke, eventuell eine Verständigung der Mächte in bezug auf die zukünftige Papstwahl zu erreichen. Die Depesche wurde gelegentlich des Arnimschen Prozesses bekannt, und die deutschen Bischöfe beantworteten sie noch nachträglich gemeinsam am Anfang des Jahres 1875. Die Depesche, die übrigens keinen Erfolg hatte, gehört zu den vergeblichen Versuchen Bismarcks, auch andere europäische Staaten, von denen die meisten ein Interesse an der Bekämpfung des Ultramontanismus hatten, zu Maßnahmen gegen den letzteren zu bestimmen.

Am 28. Mai 1872 sah sich die preußische Regierung gezwungen, den Armeebischof Namszanowski von seinem Amte zu suspendieren, da er, sobald nach seiner Ansicht Vorschriften der Kirche in Betracht kamen, die Vorschriften seiner vorgesetzten Behörde, des Kriegsministers, glaubte ignorieren zu können.

Am 19. Juli 1872 nahm der Reichstag in letzter Lesung das Jesuitengesetz an. Es war auf Antrag des Reichstags von der Regierung vorgelegt worden, mußte aber im Reichstag völlig umgestaltet werden. Die ausgezeichnete Formulierung stammt vom Fürsten Chlodwig Hohenlohe. Im übrigen ist es bekannt genug; ich brauche darüber nichts weiter zu sagen.

Der Kultusminister Falk zeigte bereits im Jahre 1872 durch verschiedene Erlasse und Verfügungen, daß er gesonnen war, gegen ultramontane Auswüchse in der katholischen Kirche energisch vorzugehen. Seine Maßregeln sollten dazu dienen, verschiedene kleinere Löcher, durch die der ultramontane Geist besonders auf die Jugend eindrang, zu verstopfen. Es handelte sich um das Verbot religiöser Schülervereine, um die Ausschließung der Ordenspersonen von den öffentlichen Schulen und um ähnliches. Unterdessen wurde im Kultusministerium eifrig an den kirchen-

politischen Gesetzen gearbeitet, die die energische Wahrung der Staatsautorität der katholischen Kirche gegenüber möglich machen sollten. Sie wurden dem preußischen Abgeordnetenhause zum Teil noch 1872 vorgelegt, zur Beratung kamen sie Anfang des Jahres 1873, und publiziert wurden sie im Mai desselben Jahres. Die Erledigung der Vorlagen im Landtage vollzog sich außerordentlich rasch. Nach dem Zeitpunkt der Veröffentlichung tragen sie den Namen „Maigesetze". „Die Falkenjagd hat begonnen", schreibt Roon im Januar 1873, an den Bismarck vom 1. Januar bis 9. November 1873 das preußische Ministerpräsidium abgegeben hatte.

Im November 1872 hatte sich übrigens ein Pairsschub im preußischen Herrenhause nötig gemacht, es wurden 24 neue Mitglieder ernannt, zunächst wegen der Kreisordnung, dann aber auch im Hinblick auf die bevorstehenden kirchenpolitischen Vorlagen. Auf die Mithilfe der Konservativen konnte Bismarck nur noch vereinzelt rechnen. Durch das Gesetz vom 5. April 1873 wurden die Artikel 15 und 18 der preußischen Verfassung so geändert, daß sie den kirchenpolitischen Gesetzen nicht mehr im Wege standen. „Die Ausgeburten des Mai", wie sie Majunke nennt, sind die folgenden:

1. Gesetz vom 11. Mai, betr. die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen. Für die Vorbildung wurde verlangt: das Reifezeugnis eines deutschen Gymnasiums, dreijähriges Studium auf einer deutschen Universität und Ablegung des „Kulturexamens" [1]) (der Kandidat hat nachzuweisen, daß er die für seinen Beruf erforderliche allgemeine wissenschaftliche Bildung, insbesondere auf dem Gebiete der Philosophie, der Geschichte und der deutschen Literatur erworben hat). Knabenseminare, Priesterseminare und ähnliche Anstalten werden der Aufsicht des Staates unterstellt. — Die Anstellung der Geistlichen ist nur nach vorheriger Anmeldung beim Oberpräsidenten, der Einspruch erheben kann, möglich. Die widerrechtliche Anstellung von Geistlichen wird mit Geldstrafen geahndet, diese treten ebenfalls ein, wenn geistliche Stellen über einen bestimmten Termin hinaus unbesetzt bleiben.

2. Gesetz vom 12. Mai, betr. die kirchliche Disziplinargewalt und die Errichtung eines königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten. Die Handhabung der geistlichen Disziplinargewalt wird im einzelnen geregelt, gegen Entscheidungen der kirchlichen Behörden steht die Berufung an die Staatsbehörde offen (an den Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten).

3. Gesetz vom 13. Mai, betr. die Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel. Dieses Gesetz soll vor allem die Freiheit des Wahlrechts gegenüber kirchlichen Einflüssen gewährleisten, sowie die Ausführung von Staatsgesetzen vor kirchlichen Strafen sichern.

1) Ein solches hatte Minister Jolly bereits 1867 in Baden eingeführt. Übrigens ließ sich die preußische Regierung durch einen Bericht der badischen Regierung über deren Erfahrungen im Kampf mit der römischen Kurie orientieren. Bei der Verschiedenheit der Verhältnisse kommt dem aber offenbar keine große Bedeutung zu.



4. Gesetz vom 14. Mai, betr. den Austritt aus der Kirche. Dieses Gesetz erleichtert den Austritt aus einer Kirche und den Übertritt in eine andere.

Schon bei dem einfachen Durchlesen der Gesetze ergibt sich, daß ein bestimmtes System darin herrscht. Man merkt, daß sie für den Fall zugeschnitten sind, daß sich größere Teile des katholischen Volkes von der Herrschaft der Kirche frei machen wollen. Die deutschen Bischöfe erklärten bereits am 26. Mai 1873, an der Ausführung dieser Gesetze nicht mitwirken zu können. Der Staat seinerseits mußte natürlich im Interesse der Staatsautorität für die Durchführung der Gesetze eintreten, und so stand bald nach dem Inkrafttreten der Maigesetze der Kampf in hoher Blüte.[1])

Am 7. August 1873 wandte sich der Papst in einem Schreiben wegen der Maigesetze an Kaiser Wilhelm, der darauf am 3. September sehr würdig und geschickt, ja man kann sagen überlegen antwortete.

Die gesetzwidrigen Anstellungen von Geistlichen mehrten sich, und im Oktober 1873 forderte Falk die Oberpräsidenten zu schärferem Vorgehen gegen solche Mißachtung der Staatsgesetze auf und wies sie an, vor Haftstrafen nicht zurückzuschrecken, sobald die Geldstrafen sich nicht einziehen ließen. Dieser Aufforderung folgte bald die Tat. Nach Entscheidung durch den Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten wurde am 2. Februar 1874 der Erzbischof Ledochowski von Posen verhaftet und auf zwei Jahre ins Gefängnis gesetzt. Am 6. März folgte ihm der Bischof Eberhard von Trier, am 31. März der Erzbischof Melchers von Köln und am 6. August der Bischof Martin von Paderborn. Die Maigesetze erwiesen sich teils als unwirksam, so daß sie verschärft werden mußten, teils schufen sie neue Situationen für die Regierung. Es machten sich deshalb im Jahre 1874 die folgenden Gesetze nötig:

1. Das Reichsgesetz vom 4. Mai 1874, betr. die Verhinderung der unbefugten Ausübung von kirchlichen Ämtern. Das Gesetz gewährte die Möglichkeit, abgesetzte Geistliche aus bestimmten Orten und Bezirken des Reichs auszuweisen, oder ihnen einen bestimmten Aufenthalt zuzuweisen.

2. Gesetz vom 20. Mai 1874, betr. die Verwaltung erledigter katholischer Bistümer. Es wurde gestattet, zur Verwaltung der Bistümer mit Genehmigung der Oberpräsidenten Kommissare einzusetzen.

3. Gesetz vom 21. Mai, betr. die Deklaration und Ergänzungen des Gesetzes vom 11. Mai 1873 über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen.

Die Maßregelungen und Verhaftungen wurden nach diesen Gesetzen nur noch häufiger. Eine große Anzahl von geistlichen Stellen war unbesetzt. Schon wegen der Ordnung in der Führung der Zivilstandsregister

1) In einem Wahlaufruf der Fortschrittspartei vom Jahre 1873 gebrauchte übrigens Rudolf Virchow den Ausdruck „Kulturkampf" zum ersten Male.

mußte man sich deshalb entschließen, die Zivilehe zuerst durch Gesetz vom 9. März 1874 in Preußen, durch das Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 für das ganze Reich einzuführen — trotz der großen Abneigung des Kaisers und der Konservativen dagegen.

Am 13. Juli 1874 hatte der unter ultramontanem Einfluß stehende katholische Böttchergeselle Kullmann in Kissingen auf Bismarck geschossen und ihn leicht verwundet. Die Debatte über diesen Vorfall im Reichstag am 4. Dezember kann in gewissem Sinne als Höhepunkt des Kulturkampfes gelten: die Erregtheit und Leidenschaftlichkeit konnte auf beiden Seiten nicht mehr überboten werden.

Am 5. Februar 1875 erklärte der Papst in einem Schreiben an die preußischen Bischöfe die sämtlichen kirchenpolitischen Gesetze für ungültig. Es mutet fast lächerlich an, daß ein Ausländer die rechtmäßig zustande gekommenen, vom preußischen König sanktionierten staatlichen Gesetze einfach für null und nichtig erklärt und preußischen Untertanen die Nichtbefolgung empfiehlt.

Im Fortgang des Kampfes mußte die Regierung sich schließlich noch die folgenden Gesetze — als Konsequenz der früheren — genehmigen lassen:

1. Gesetz vom 22. April 1875, betr. die Einstellung von Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bistümer und Geistlichen, das sog. „Sperrgesetz" oder „Brotkorbgesetz". Es war der „stärkste Trumpf" der Regierung. Alle staatlichen Leistungen wurden so lange eingestellt, bis der betr. Bischof oder Bistumsverweser sich durch schriftliche Erklärung verpflichtete, die Gesetze des Staats zu befolgen. Die ersparten Gelder wurden angesammelt, über ihre Verwendung sollte später bestimmt werden.[1]) Man gewährte außerdem der Regierung „diskretionäre Vollmachten", die überhaupt in der Kulturkampfgesetzgebung eine gewisse Rolle spielen. Die Regierung durfte nach eigenem Ermessen Geistlichen, die „die Absicht an den Tag legten, die Gesetze des Staates zu befolgen", die staatlichen Zahlungen weiter gewähren, aber auch nach Belieben wieder sperren.

2. Gesetz vom 31. Mai 1875, betr. die geistlichen Orden und ordensähnlichen Kongregationen der katholischen Kirche. Alle Orden und Kongregationen wurden aus Preußen ausgeschlossen. Nur diejenigen, die sich *ausschließlich* der Krankenpflege widmeten, durften bestehen bleiben, aber diese wurden der Aufsicht des Staates unterworfen und konnten jederzeit durch einfache königliche Verordnung aufgehoben werden.

3. Gesetz vom 18. Juni 1875, betr. die Aufhebung der Artikel 15, 16 und 18 der preußischen Verfassung.

4. Gesetz vom 20. Juni 1875, betr. die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchgemeinden. Die Vermögensverwaltung wurde dem

1) Ich erwähne gleich hier: die angesammelten Sperrgelder erreichten die Höhe von 16 Millionen Mark. Das Gesetz vom 24. Juni 1891 bestimmte, daß dieser Fonds an die Bischöfe ausgezahlt würde.



Pfarrer entzogen und in die Hände eines Kirchenvorstandes und einer dreimal so großen Gemeindevertretung gelegt; um nicht das gesamte Kirchenvermögen in die Hände der Regierung gelangen zu lassen, mußten die Bischöfe die Pfarrer anweisen, das Gesetz zu „tolerieren". — Das Gesetz erhielt einen Nachtrag durch das Gesetz vom 7. Juni 1876, betr. die Aufsichtsrechte des Staates bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Diözesen. Danach wurden die meisten Veränderungen in der Vermögensverwaltung an die Genehmigung durch die staatliche Aufsichtsbehörde gebunden.

5. Gesetz vom 4. Juli 1875, betr. die Rechte der altkatholischen Kirchgemeinschaften an dem kirchlichen Vermögen, das sogenannte „Altkatholikengesetz". Auch dieses Gesetz gewährte der Regierung diskretionäre Vollmachten, indem es in dem Ermessen der Regierung stand, die Anzahl der in einer Gemeinde vorhandenen Altkatholiken für „erheblich" anzusehen und diesen dementsprechend die Mitbenutzung der Kirchen und Friedhöfe und einen Anteil an dem kirchlichen Vermögen einzuräumen.

Schließlich wurde der Kanzelparagraph durch Reichsgesetz vom 26. Februar 1876 auch auf Schriftstücke der Geistlichen und Religionsdiener, in denen Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verkündet oder erörtert werden, ausgedehnt und damit die jetzige Fassung des § 130 a des Strafgesetzbuches hergestellt.

Die Ausführungsbestimmungen zu den angeführten Gesetzen schrieben die strengste Durchführung vor. Im Jahre 1875 kann von einem Stillstand des Kampfes noch nicht die Rede sein, obgleich sich bereits Friedensbestrebungen geltend machten. Am 18. März wurde der Bischof in Münster gefangen gesetzt, und die noch gefangen gehaltenen Bischöfe sahen zum Teil neuen Strafen entgegen. Nach einer Zusammenstellung der Frankfurter Zeitung, einer Gegnerin des Kulturkampfes, sollen in dem kurzen Zeitraum vom 1. Januar bis 1. Mai 1875 Geld- und Gefängnisstrafen über 241 Geistliche, 136 Redakteure ausgesprochen, daneben 30 Konfiskationen, 55 Verhaftungen, 74 Haussuchungen und 103 Ausweisungen resp. Internierungen vorgenommen worden sein.

Die Regierung hat von Anfang an erwartet, daß ihr ein Einlenken eventuell leicht möglich sein würde, wenn ein neuer Papst zur Herrschaft gelangt wäre. Schon seit 1874 sind Zeugnisse vorhanden, daß man auf einen liberalen Papst wartete. Auch gingen Bismarcks Bestrebungen, sich direkt mit Rom zu verständigen, weiter. Im Oktober 1874 wies er Keudell an, „im Lager der Kurie die Anschauung zu fördern, daß Rom am besten allein und mit Bismarck selbst Frieden machen könne".[1]) Nach Hohenlohes Beobachtungen, der sehr eingeweiht war, paßte Windthorst seit 1875 auf, „um sich die Situation zunutze zu machen und sich mit Bismarck zu verständigen". Nach Miquels Angaben, der gute Beziehungen zu Windthorst hatte, ist letzterer sogar schon 1873 zu Bismarck ge-

1) Hohenlohe, Denkwürdigkeiten II, S. 140.

gangen, „der habe ihn aber nicht angenommen, weil er glaubte, daß es noch nicht an der Zeit sei".[1])

Damals waren Friedensbestrebungen natürlich noch verfrüht. Bismarck wollte eben, wie er am 15. Mai 1875 Hohenlohe erklärt, erst „die Gesetzgebung von allem reinigen, was in der Zeit Friedrich Wilhelms IV. in Preußen das Verhältnis zwischen Staat und Kirche verwirrt habe". Nach 1876 wurde das Friedensbedürfnis auf beiden Seiten immer stärker. Eine Verständigung war für beide Teile schwierig, denn „wie konnte man nachgeben, ohne sich zu blamieren?" Bismarck hatte fast von Anfang an die Hoffnung aufgegeben, zu einem endgültigen Frieden mit Rom zu gelangen. Er wollte vielmehr nur einen „modus vivendi" herstellen. Der Erfolg dieser Bestrebungen wurde erst wahrscheinlich, als endlich der „liberale" Papst zur Herrschaft kam. Am 7. Februar 1878 starb Pius IX. und als sein Nachfolger wurde am 20. Februar Leo XIII. gewählt.

Der neue Papst zeigte seine Ernennung sofort in einem Schreiben an den Kaiser an, der Kaiser erwiderte unter Bismarcks Gegenzeichnung ebenso versöhnlich. Es kam aber außer der Wiederanknüpfung von Beziehungen ebensowenig etwas heraus, wie bei dem Briefwechsel anläßlich der Attentate auf Kaiser Wilhelm im Mai 1878. Man würde sich täuschen, wenn man glaubt, daß das Verständnis Leos XIII. für die moderne Kultur viel größer gewesen sei als das seines Vorgängers. Für Leo war der Protestantismus „die pestilenzialischste Häresie" und er sagte von sich selbst, daß er mit der Milch der Jesuiten genährt sei. Aber er war doch immerhin Diplomat und viel klüger als der fanatische Pius IX.

Unterdessen waren für Bismarck wirtschaftspolitische Pläne wichtiger geworden als der undankbare Kampf gegen Rom. Das machte ihm zum Einlenken immer geneigter. Bismarck würde die Beendigung des Kulturkampfes nur dann als eine Niederlage seiner Politik aufgefaßt haben, wenn er einen vom Zentrum diktierten Frieden hätte annehmen müssen. Das war aber nicht der Fall, vielmehr glückte es ihm, das Zentrum beim Abschluß des Kulturkampfes völlig auszuscheiden und doch noch eine direkte Verständigung mit Rom herbeizuführen.

Bismarck unterhandelte 1878 zunächst mit dem Münchener Nuntius Masella ohne Erfolg. Dann wurden die Verhandlungen 1879 mit dem Wiener Nuntius Jacobini, der 1880 Kardinalstaatssekretär wurde, fortgesetzt und bis zum völligen Abschluß des Kulturkampfes überhaupt nicht wieder abgebrochen. 1882 wurde außerdem Herr von Schlözer zum preußischen Gesandten (nicht zum deutschen Botschafter!) beim päpstlichen Stuhl ernannt. Die Handhabung der Kampfesgesetze war Ende der siebziger Jahre schon eine wesentlich mildere geworden, auch waren keine neuen kirchenpolitischen Gesetze erlassen worden. In den achtziger Jahren wurden dann die sogenannten „Friedensgesetze" erlassen, durch die die frühere

1) a. a. O., S. 138.



Gesetzgebung teilweise aufgehoben oder gemildert wurde. Ein Stein des Anstoßes war auch beseitigt, als der Kultusminister Dr. Falk im Juni 1879 zurücktrat. Sein Nachfolger wurde Herr v. Puttkamer, den bereits im Juni 1881 Herr v. Goßler ablöste.

Ich führe die Friedensgesetze an, ohne sie im einzelnen zu charakterisieren und begnüge mich, das Ergebnis festzustellen. Es handelte sich um die Gesetze vom 14. Juli 1880, vom 31. Mai 1882, vom 11. Juli 1883 und vom 21. Mai 1886 betreffend die Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze.

In den ersten drei Gesetzen wurden der Regierung weitgehende diskretionäre Vollmachten zur Ordnung der kirchlichen Verhältnisse gegeben und zwar immer nur auf bestimmte Zeit. Schon das erste Friedensgesetz hatte nur noch ein Teil der Nationalliberalen, der bis dahin führenden Partei im Kulturkampf, mitgemacht, gegen das zweite stimmte die ganze Partei, während zum ersten Male das Zentrum einem kirchenpolitischen Gesetz der preußischen Regierung zustimmte. Das dritte Gesetz verlängerte die Vollmachten der Regierung bis zum 1. April 1884. Die Regierung ließ sie nicht erneuern, da die Kurie wenig entgegenkam, vor allem aber die unbeschränkte Anzeigepflicht bei der Neubesetzung von geistlichen Stellen nicht zustehen wollte. Zugleich wurden langwierige Verhandlungen wegen Besetzung der Bischofssitze geführt. Für die preußische Regierung war es unmöglich, Melchers von Köln und Ledochowski von Posen als Erzbischöfe in ihre Diözesen zurückkehren zu lassen. Beide verzichteten — als Kardinäle — auf ihre Bistümer, und man einigte sich im Dezember 1885 für Köln auf Bischof Krementz von Ermland, im März 1886 für Posen auf den Dekan Dinder. Damit waren alle preußischen Bistümer wieder besetzt, ebenso war die Zahl der nicht besetzten katholischen Pfarrstellen bereits auf ein Minimum zusammengeschrumpft.

Bismarck legte vor allen Dingen Wert auf gute Beziehungen zum Papste. Unter diesem Gesichtspunkte ist der Besuch des deutschen Kronprinzen beim Papste 1883 zu erklären und besonders auch die Frage des päpstlichen Schiedsrichteramtes in der Karolinenfrage 1885. Bismarck hatte den Papst als Schiedsrichter in dem Streite Deutschlands mit Spanien um die Karolinen-Inseln vorgeschlagen, da die Frage für Bismarck ihrer Wichtigkeit nach zu einer diplomatischen Komödie geeignet war. Sie trug Bismarck, dem „wütendsten Kulturkämpfer", den höchsten päpstlichen Orden ein. Die Folgerung, der Papst sei durch das Schiedsrichteramt als höchster Herr der ganzen Welt offiziell anerkannt worden, ist einfach lächerlich.

Der modus vivendi wurde endlich 1886 und 1887 herbeigeführt, als der kluge Bischof Kopp von Fulda, der jetzige Fürstbischof von Breslau, das Vermittleramt übernahm. Kopp war eigens zu diesem Zwecke ins preußische Herrenhaus berufen worden. Nach schwierigen Verhandlungen kam endlich das vierte Friedensgesetz zustande. Die Gesetzesvorlage war entgegen dem sonstigen Brauche zuerst ans Herrenhaus gegangen, das Abgeordnetenhaus wurde einfach vor die Wahl gestellt, die im Herren-

hause festgestellte Fassung des Gesetzes anzunehmen oder zu verwerfen. Nach den Verhandlungen im Herrenhause hatte die Kurie die Anzeigepflicht bereits vorläufig zugestanden, nach Erlaß des Gesetzes verstand sie sich dauernd dazu.

Im Februar 1887 wurde die von Falk im Dezember 1873 eingeführte schärfere Form des Bischofseides wieder beseitigt und die alte Form wieder eingeführt. (Der Wortlaut beider Formen bei Majunke, S. 574 ff.) Durch das Gesetz vom 29. April 1887 wurden der katholischen Kirche außerdem noch weitere Erleichterungen gewährt. Hierbei wiederholte sich der Fall, daß das Abgeordnetenhaus einfach die vom Herrenhaus unter der lebhaften Beteiligung Kopps beschlossene Fassung annehmen oder verwerfen mußte, aber Änderungen nicht anbringen konnte. Die Zentrumsfraktion war zur Annahme so wenig geneigt, daß der Papst selbst durch ein Schreiben an den Erzbischof von Köln eingreifen mußte, worauf das Zentrum widerspruchslos für das Gesetz stimmte.

Damit sah auch der Papst, wie er 1887 zweimal öffentlich erklärte, den Kulturkampf in Preußen für beendet an.

Das Ergebnis der Friedensgesetzgebung der achtziger Jahre ist die fast völlige Beseitigung der kirchenpolitischen Gesetzgebung der siebziger Jahre. Von dieser blieb nur erhalten

1. an preußischen Gesetzen: das Schulaufsichtsgesetz, ferner blieb es bei der Aufhebung der preußischen Verfassungsartikel über die Religionsfreiheit, sowie bei der Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium;
2. an Reichsgesetzen: die Zivilehe, der Kanzelparagraph, das Jesuitengesetz, dessen § 2 1904 aufgehoben worden ist.

## V. Die Durchführung des Kulturkampfes in der Praxis: Vorfälle und Stimmungen.

Ich habe bereits abgelehnt, die Einzelheiten des Kampfes, die nur tagesgeschichtliches Interesse hatten, wieder aufzufrischen und die Gesamtauffassung vom Verlaufe des Kulturkampfes durch Einflechtung einer chronique scandaleuse zu verwirren. Ich begnüge mich deshalb damit, einige Beispiele von jenen Vorfällen und Stimmungen anzuführen, die man als „Kulturkampfblüten" bezeichnet hat. Zweck dabei ist nur, die Kampfesführung auf beiden Seiten zu charakterisieren.

An sich geringfügige Vorfälle wurden sofort benutzt, um daran auf der einen Seite die katholische Feindschaft gegen den Staat, auf der anderen die Katholikenverfolgungen durch Regierung und Protestanten zu beweisen. Meist mußte ein und derselbe Vorfall jeder der beiden Parteien zugleich dienen. Selbstverständlich wurden viele Ereignisse im Kampfeseifer in maßloser Weise aufgebauscht und in ihrer Bedeutung riesig überschätzt. Die berühmtesten Fälle sind die folgenden. Als Vorspiel bereits



im Jahre 1869 der Ubryk-Skandal. Es handelte sich um die Nonne Barbara Ubryk in Krakau, die in gänzlich verwahrlostem Zustande in einem Kloster gefangen gehalten wurde. Die Angelegenheit erregte in ganz Europa großes Aufsehen, es stellte sich aber bei der gerichtlichen Untersuchung heraus, daß die Mitteilungen sehr übertrieben worden waren. Den Moabiter Kloster-„Sturm" von 1869 habe ich bereits erwähnt. Ende des Jahres 1872 ereignete sich der Fall Westerwelle. W., ein junger Katholik, war verhaftet worden, weil er ein Attentat auf den Fürsten Bismarck geplant haben sollte, er erwies sich jedoch als ein etwas vorlauter, aber durchaus harmloser Mensch. Im Anschluß an diese Verhaftung fand eine Haussuchung bei dem Domherrn Kozmian in Posen statt, bei dem sich Westerwelle zuletzt aufgehalten hatte. Das Ergebnis war, wie bei dem schlauen Polen gar nicht anders zu erwarten war, bis auf den bereits erwähnten Brief Windthorsts, zu dessen Veröffentlichung die Regierung sicher nicht berechtigt war, gleich Null. — Im Jahre 1874 folgte das Kullmann-Attentat. Auch hierbei wurde auf beiden Seiten gesündigt. Bismarck legte die Ausschreitung eines einzelnen Kaholiken der Zentrumspartei ohne weiteres zur Last („er hängt sich doch an ihre Rockschöße!"). Er schien den Ultramontanen damals tatsächlich alles zuzutrauen, darin vielleicht bestärkt durch seine Frau, die in beständiger Furcht vor ultramontanen Mordanschlägen lebte. Offiziöse Zeitungen sprachen außerdem vom Zentrum als von der „Fraktion Kullmann". Andererseits wagte die ultramontane Presse Vermutungen, es handle sich bei dem ganzen Attentat nur um bestellte Arbeit. — Über den Fall der Madonna von Marpingen — Bauernkinder wollten eine Marienerscheinung gehabt haben, man veranstaltete deshalb Wallfahrten — hat sich neuerdings von katholischer Seite der Verteidiger in dem sich daran knüpfenden Prozesse, der Zentrumsführer J. Bachem, geäußert.[1]) Hier wie in verschiedenen anderen Fällen ging die Regierung vielleicht zu rasch mit Gewalt, Requisition von Militär, gegen harmlose, verdummte Menschen vor. 1876 wurde sogar eine Hostie polizeilich beschlagnahmt, auch drangen die preußischen Gendarmen zur Vornahme von Verhaftungen selbst in Kirchen ein. Solche und andere Mißgriffe lieferten der ultramontanen Presse natürlich ein vorzügliches Agitationsmaterial. Schließlich wurde auch die sehr verständliche Zurücksetzung von ausgesprochen katholischen Beamten, darunter Mallinckrodt und August Reichensperger, von der ultramontanen Presse als Beweis hingenommen, daß die Katholiken tatsächlich nur „Bürger zweiter Klasse" seien. Ausschreitungen von protestantischer Seite, deren sich sicherlich die katholische Sammlertätigkeit mit Vorliebe angenommen hätte, sind fast gar nicht zu verzeichnen und tragen außerdem einen sehr harmlosen Charakter, z. B. der Fall, daß man Mallinckrodt einmal einen Strick ins Haus schickte. Die Beteiligung der großen Masse auf protestantischer Seite war naturgemäß lange nicht so lebhaft wie auf katholischer. Man erkennt das vor allem an der Flugschriften-

1) Lose Blätter, S. 65 ff.

literatur. Auf protestantischer Seite wurden wohl auch zahlreiche Broschüren geschrieben, aber fast nur von Gebildeten für Gebildete, die sich für das Problem des Kulturkampfes interessierten.

Auf katholischer Seite war das ganz anders. Die Katholiken als der leidende Teil veröffentlichten eine Unmenge von Broschüren und Flugschriften, Gefängniserlebnissen katholischer Geistlicher und ähnliches, das in der Wirkung vor allem auf die breiten Massen berechnet war. Von dem ultramontanen Ton in den Zeitungen habe ich schon gesprochen. So schlimm wie die bayrisch-partikularistischen Organe 1870 trieben es die Zentrumsblätter allerdings nicht, wenn auch fast nur zurechtgemachte Betrachtungen über das „Raubtier Kulturkampf" und den „Pfaffenhammer Bismarck" das Lesebedürfnis weiter katholischer Kreise lange Jahre hindurch befriedigen mußten. Der Papst Pius IX. gab allerdings der ultramontanen Presse öfters ein leuchtendes Beispiel. Von Bismarck sprach er 1877 als von einem „neuen Attila", einer „neuen Gottesgeißel". Lächerlicherweise wird von katholischer Seite behauptet, Bismarck habe vor Pius IX., diesem „großen Mann", immer eine „mystische Scheu" gehabt. Schlimmer war die Wendung in einer Ansprache des Papstes an den deutschen Leseverein am 24. Juni 1872 von dem „Koloß mit den tönernen Füßen, den ein Steinchen zerschmettert". Es konnte kaum ein Zweifel sein, daß der Papst damit das neue Deutsche Reich meinte. Die Erregung darüber war in Deutschland natürlich groß. Der Papst interpretierte sich im Oktober 1872 zwar selbst dahin, daß er mit dem Koloß den Liberalismus gemeint habe, aber die bekannte römische Zweideutigkeit hatte ihre Dienste bereits verrichtet. Die Wirkung auf die Zentrumspresse war vermehrte Unzuverlässigkeit in bezug auf auswärtige Fragen, durch jene versteckten Andeutungen auf auswärtige Beziehungen und in einem Ausspielen von Fragen der auswärtigen Politik gegen Bismarck.

Die eigentlichen Kulturkampfblüten aber zeitigte die Kampfesart der niederen Geistlichkeit. Der Begriff „Hetzkaplan" bildete sich damals. Bismarck redete von einer „Kaplanokratie" innerhalb der katholischen Kirche, zu der die zunehmende Demokratisierung im 19. Jahrhundert geführt habe. Als Beispiel in dieser Beziehung kann ein trauriges Organ gelten, das betitelt ist: „Der Kulturkampf, herausgegeben von einem ultramontanen Artilleristen, Zentralorgan für Gesperrte, Gesetzte und Ausgewiesene usw." Unter den wichtigsten Nachrichten bringt dieses „Zentralorgan" z. B. die Nachricht, daß die Schüler in Berlin bereits nicht mehr als Preußen und Franzosen, sondern als Protestanten und Katholiken Krieg führen. Eine Statistik sämtlicher Mordtaten wird aufgestellt, um diese als Frucht des „liberalen Kulturpöbels" hinzustellen und die Zunahme dem Kulturkampf zuzuschreiben. Dazu ungeheuer viel Klatsch, daß sich irgendwo Protestanten weigern, mit Katholiken zusammen Mittag zu essen und ähnliches! Aus der Diözese Münster wird berichtet, daß man besondere Kulturkampflieder sang — z. B. eines mit dem Refrain voll poetischer Kraft:

„Treu steh'n wir zu Christi Fahne
Bleiben Erzultramontane!"



Fast spaßhaft ist es, zu sehen, was alles nach der Kaplanspresse der Kulturkampf verschuldet hat. Zu seinen Folgen gehört z. B. die Gründerzeit. Als kritiklos benutzte Quelle diente dabei öfters das ganz unbrauchbare Buch von Rudolf Meyer: „Politische Gründer und die Korruption in Deutschland". Ich führe — zugleich als Probe ultramontanen Stils — an, was Majunke (S. 370) schreibt: „Das mit der Jesuiten- und Pfaffenhetze beschäftigte Volk konnte nicht merken, wie ihm inzwischen die ‚Gründer' die Tasche leerten." — Lächerlich wirkt auch die Freimaurerfurcht gewisser Ultramontaner. Sie scheinen in den Freimaurern eine Art protestantischer Jesuiten zu sehen — Grund genug für sie zu einer „mystischen Scheu", da sie ja die wirklichen Jesuiten genau genug kannten. Sobald man von jemand herausgefunden hatte, daß er Freimaurer war, erklärte das sofort bei ihm „alles".

Einzelne zynische Bemerkungen, wie gelegentlich der Schulreform: man solle doch den katholischen Kindern das Recht auf ihre katholische Dummheit lassen, dürfen natürlich nicht zu der allgemeinen Schlußfolgerung verleiten, die Führer des katholischen Volkes hätten nur eine „katholische Maske" vorgehalten. Die Religiosität hervorragender Zentrumsführer, besonders Windthorsts, läßt sich allerdings anzweifeln, meines Erachtens aber nur im Interesse biographischer Genauigkeit, nicht um als Kampfesmittel gegen Zentrum und Ultramontanismus benutzt zu werden.

Bismarck sprach 1887 einmal davon, daß es manchem Abgeordneten schwer fallen werde, „den gewohnten und liebgewonnenen Beschäftigungen des Kulturkampfes zu entsagen". Ebenso ging es der ultramontanen Presse. Es war ihr geradezu zur Lebensgewohnheit geworden, in ganz harmlosen Maßregeln einen Vorstoß gegen den Katholizismus zu erblicken. Die Antwort darauf blieb natürlich in protestantischen Organen nicht aus. Aus diesen Gründen erklärt sich, daß der kulturkämpferische Ton in der Behandlung der beiden Konfessionen besonders in der Presse viel länger als der eigentliche Kulturkampf anhielt.

Auch in der Gegenwart läßt sich noch beobachten, welch ausgebreiteten Gebrauch das Zentrum und seine Presse von dem Wort „Kulturkampf" immer wieder macht. Das Operieren mit dem Gespenst eines Kulturkampfs ist eben ein taktisches Bedürfnis für das Zentrum und zum Zusammenhalt der so eigenartig zusammengesetzten Partei unerläßlich.

## VI. Dr. Falk und die liberalen Parteien.

Ich gehe dazu über, die gesetzgebenden und ausführenden Organe des Kulturkampfes zu schildern. Es sind das Faktoren, deren Bedeutung nicht zu gering angeschlagen werden darf. Wie sehr auch Bismarck den gesamten Gang der Politik beherrschte, es blieb doch immer noch genug Raum für selbständige Betätigung des preußischen Kultusministers, den seine persönliche Bedeutung dazu befähigte, und für die sogenannten Kulturkampfparteien, die aus parlamentarischen Gründen auf ihre Selbständigkeit gegenüber der Regierung bedacht waren. Windthorst

charakterisierte am 31. Januar 1873 das Verhältnis der einzelnen Faktoren bei der Entstehung der Maigesetze ganz nett durch das Bild, daß Bismarck der Bauherr sei, Falk der Baumeister, der nationalliberale Abgeordnete Gneist (der Berichterstatter der kirchenpolitischen Kommission) der Oberarbeiter, der die Risse fertigt, und der Professor Friedberg in Leipzig der Handlanger.

Adalbert Falk ist eine der sympathischsten Persönlichkeiten unter den Führern im Kulturkampfe, ein lauterer, edler Charakter, an den selbst ultramontane Verunglimpfungen nicht heranreichten. So rücksichtslos und hart sein Vorgehen oft erscheint, ein Grundzug seines Wesens bleibt doch zurückhaltende Bescheidenheit, die sich besonders nach seiner Entlassung in schönster Weise bewährte. Doch war dem bürgerlichen Schlesier auch ein wohlbegründetes Selbstbewußtsein eigen; den ihm bei seiner Entlassung angebotenen Adel lehnte er mit dem ruhig stolzen Hinweise ab, daß der Name Dr. Falk sich in langen Kampfesjahren bei dem größeren Teile des deutschen Volkes einen guten Klang erworben habe und einer Änderung nicht bedürfe. Bismarck wußte, daß er in Falk einen hervorragenden Gehilfen haben würde, und setzte die Ernennung trotz der Schwierigkeiten, die der Kaiser machte, durch. Ausschlaggebend für die Ernennung Falks war schließlich, daß Roon die Zuverlässigkeit Falks in Heeresfragen während der Konfliktszeit bestätigen konnte. Bismarck sagt an der bekannten Stelle seiner „Gedanken und Erinnerungen“: „Minister von der Begabung Falks wachsen bei uns nicht wild“, und er wollte einen „Kampfesgenossen von dieser Befähigung und Tapferkeit“ nicht im Ministerium entbehren. Ich befasse mich mit Falk hier nur in seiner Rolle als „Kulturkampf-Minister“. Man darf aber darüber nicht die anderen Verdienste Falks, besonders um die Volksschule, vergessen. Zweifellos war er der bedeutendste preußische Kultusminister in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Seine Stärke war die juristische Begabung. Seiner Vorbildung und Vergangenheit nach Jurist, kannte er die Verhältnisse des Kultusministeriums so gut wie nicht. Trotzdem arbeitete er sich rasch ein. Der spätere Kultusminister Bosse, damals Geheimrat im Kultusministerium, aber kein Anhänger des Kulturkampfes, bewunderte die Sachkenntnis, die Schärfe des Urteils, die Falk bei den großen Sitzungen im Kultusministerium bewies. Professor v. Schulte hat über Falk geäußert: „Sein größter Fehler war der landrechtliche Jurist, er glaubte mit Gesetzesparagraphen den archimedischen Punkt zu haben.“ Er habe ihm das offen gesagt, ebenso daß eine geeignete antiinfallibilistische Kraft (ein katholischer Gelehrter, der doch Gegner des Unfehlbarkeitsdogmas sei) im Ministerium fehlte.[1]) In letzterem hatte Schulte zweifellos recht, aber die geeignete Kraft war eben nicht da, und auch Schulte war sie selbst keineswegs, wie sich Bismarck und Falk bald überzeugt haben werden. Schulte behauptet ferner, Falk habe nicht nur einen Sieg über den Ultramontanismus, sondern überhaupt einen Sieg des Protestantismus über

1) Deutsche Revue 32, IV.



die ganze katholische Kirche erstrebt. Das ist mir sehr unwahrscheinlich. Falk war konfessionell wenig interessiert, für ihn stand die Staats- und Gesetzesautorität obenan. Man ersieht aber aus solchen Befürchtungen, wie sehr die Altkatholiken doch immer noch Katholiken geblieben sind. Man ist gewöhnlich immer etwas schnell bei der Hand mit dem Urteil, Falk habe mit Gesetzesparagraphen alles machen wollen. Reichensperger hatte Falk — das war bei diesem sehr überflüssig — im Abgeordnetenhause 1872 zugerufen, er solle sich daran erinnern, daß er Jurist sei und darum besonders die Gerechtigkeit walten lassen. Falk antwortete darauf: „Wo Rechte des Staates in Frage sind und Rechte, die der Staat schützen muß gegen jeden und auch gegen die Kirchengemeinschaften, da werden Sie mich allerdings als Juristen sehen.“ Aber man kann, wie Falk, ein guter Jurist und doch allen Situationen, die sich aus der Anwendung der Gesetze ergeben, gewachsen sein. Und das war bei Falk zweifellos der Fall — so wenig dabei Härten und Schwierigkeiten vermieden werden konnten. An dem streng geschlossenen logischen Aufbau der Kulturkampfgesetzgebung muß der Jurist seine Freude haben. Das System Falk hatte Ende der siebziger Jahre keineswegs abgewirtschaftet. Bismarck konnte es nur nicht mehr gebrauchen, und so mußte Falk als charaktervoller Mann gehen, obgleich er selbst der Fortführung des Kampfes getrost entgegensah.

Noch ein Wort über die Hilfskräfte Falks. Über diese hat uns der oben erwähnte Bosse aus intimster Kenntnis heraus interessante Mitteilungen gemacht.[1]) Am nächsten stand Falk der Unterstaatssekretär Sydow. Die bekannten „kulturkampfgewöhnten“ und „vom Zorne des Kulturkampfs erregten“ Geheimräte im Kultusministerium, denen man in der Hauptsache und nur zum Teil mit Berechtigung die Hauptschuld an den Mißgriffen in der Kampfesführung aufgepackt hat, waren vor allem Hübler und Förster. Sydow war für August Reichensperger einer der „giftigsten“ Kulturkämpfer, er war ein kleiner, ganz gebrechlicher Mann, aber sehr kenntnisreich und von riesiger Arbeitskraft. Er „identifizierte“ sich völlig mit Falk und war für diesen ein „geradezu idealer“ Unterstaatssekretär, indem er ihm die laufenden Geschäfte in weitestem Umfange abnahm, wodurch Falk Zeit für seine wichtige und anstrengende parlamentarische Tätigkeit gewann. Es war natürlich, daß Sydow zugleich mit Falk seinen Posten verließ. Unbestreitbar von den vielen Vorwürfen gegen das Kultusministerium ist der, daß ein wirklich gut über das Intime der katholischen Kirche unterrichteter katholischer Rat im Ministerium, der sich ganz entschieden auf die Seite der Regierung stellte, fehlte. Die zwei übriggebliebenen Räte aus der katholischen Abteilung waren völlig unbrauchbar, Ersatz aber anscheinend nicht zu beschaffen. Einige der Räte, die aus ihrer Abneigung gegen Falks Kirchenpolitik kein Hehl machten, wurden überhaupt kaum noch beschäftigt und konnten „spazieren gehen“. So geriet die Regierung öfters in die Lage „eines Mannes, der in einem Fluß

1) Grenzboten 63, 1904, II.

geht, ohne die Tiefe zu kennen und bei jedem Schritt auf unerwartete Untiefen trifft", wie Döllinger einmal bemerkte.

Bei der Feststellung der Kulturkampfgesetze wurden auch Kirchenrechtslehrer zur Beratung herangezogen. Man kann aber nicht sagen, daß diese Mitwirkung von theoretischer Seite aus besonders glücklich gewesen wäre.

Ich gehe nun noch mit einigen Worten auf das Ereignis ein, das den Abschluß des eigentlichen Kampfes bezeichnet: auf den Rücktritt Falks. Es wird sich dabei auch noch einiges über das Verhältnis Bismarcks und Falks sagen lassen. — Bismarck führt in seinen „Gedanken und Erinnerungen" Falks Rücktritt auf weibliche Hofintriguen, die verschiedene ungnädige kaiserliche Handschreiben hervorriefen, zurück, einen direkten Anlaß hätten dann Falks Streitigkeiten mit dem evangelischen Oberkirchenrat gegeben. Bismarck lehnt auf das Bestimmteste ab, Falk aus dem Ministerium verdrängt zu haben, und spricht seine Verwunderung aus, daß Falk solchen Erfindungen in der Öffentlichkeit nie widersprochen habe. Er provozierte dadurch geradezu eine Erklärung Falks, die dieser im Januar 1899 in der „Deutschen Revue" durch Veröffentlichung seines Entlassungsgesuchs und einiger aktenmäßiger Feststellungen gab. In dem Entlassungsgesuch fehlt natürlich die Angabe aller persönlichen Motive, es ist sehr würdig und schlicht abgefaßt. Am meisten interessiert uns aber die Mitteilung von einer Unterredung mit Bismarck am 2. Juli 1879 wegen der Einreichung des Entlassungsgesuchs. Falk hatte den Eindruck, daß Bismarck das Entlassungsgesuch nicht unerwartet gekommen war, aber daß ihm der Zeipunkt unangenehm gewesen sei. Vor allem kam es Bismarck darauf an, den Eindruck zu vermeiden, als habe er Falk „für 30 Silberlinge an das Zentrum verschachert". Er ließ sich das Gegenteil davon sogar durch einen Brief Falks bescheinigen. In Bismarcks Politik paßte der Rücktritt Falks vorzüglich hinein, aber die Befürchtung, ihn als Schwäche gegen das Zentrum ausgelegt zu sehen, war sehr berechtigt. Bismarck hätte im Bedarfsfalle den Brief Falks sofort zweifellos veröffentlicht, das wurde aber unnötig, da vor allem das Zentrum — wahrscheinlich auf höheren Wink — den Rücktritt Falks verhältnismäßig reserviert aufnahm. — Wie eifrig die protestantische Orthodoxie, vor allem aber die Hofpredigerpartei in Berlin (Kögel und Stöcker) an der Arbeit war, Falk zu beseitigen, weil er „alle Freiheit der evangelischen Kirche hindere", erkennt man aus Bosses Erinnerungen.[1]) Immerhin kann man annehmen, daß es Falk gelungen wäre, sich gegen diese Bestrebungen und auch gegen die weiblichen Intriguen bei Hofe zu behaupten. Aber er war einmal klug genug, einzusehen, daß er der veränderten Politik Bismarcks gegen das Zentrum und Rom im Wege stand, dann aber auch charaktervoll genug, nicht an seinem Amte zu „kleben", als er die Notwendigkeit seines Rücktrittes eingesehen hatte.

Nach Falks Rücktritt wurde verschiedentlich die Frage erörtert, wer

1) Grenzboten 63, 1904, S. 402 ff.



in bezug auf die Maigesetze die Initiative ergriffen habe, Bismarck oder Falk. Der letztere hat sich wiederholt darauf bezogen, daß er in der fraglichen Zeit gar nicht preußischer Ministerpräsident gewesen sei. Die Hamburger Nachrichten erklärten — von Bismarck inspiriert — am 16. März 1891: Bismarck sei bei der Maigesetzgebung nur aus Kameradschaft für Falk und im Vertrauen auf ihn mitgegangen. Falk hatte in einer Erklärung im „Westfälischen Anzeiger" ausdrücklich die Verantwortung für die Initiative übernommen, er erklärte, dem Fürsten Bismarck seien seine formulierten Vorschläge nicht eher zugegangen als den übrigen Mitgliedern des Staatsministeriums.[1]) Ja — aber nur die „formulierten" Vorschläge! Wie weit die Anregung zu den Maigesetzen von Bismarck selbst stammt, bleibt dadurch unentschieden. Roon schreibt am 30. Oktober 1875, Falk „führe nur mit Mut und Geschick aus, was sein Meister — eben Bismarck — will", und für die Schäden der Maigesetzgebung sei Bismarck „mindestens ebenso verantwortlich als Falk". Diese Äußerung will etwas besagen, da Roon schon aus amtlichen Gründen aufs Genaueste informiert war. Gegenüber Moritz Busch äußerte Bismarck sogar im Mai 1881: „Wer hat denn die Maigesetze angeregt und sie Falk abgewonnen, der allerhand juristische Bedenken hatte und sich nur nach langem Widerstreben fügte?"[2]) In diese noch ziemlich dunkeln Verhältnisse bringen vielleicht die Memoiren Falks, die noch nicht veröffentlicht sind, Licht. — Kurz nach Falks Tode (7. Juli 1901) erschien ein Angriff auf ihn in der „Deutschen Zeitung". Falk sei am Ende seines Lebens nach Canossa gegangen und habe sich den Ultramontanen genähert. Das ist natürlich leeres Geschwätz. —

Falks parlamentarische Helfershelfer waren in erster Linie die Nationalliberalen, die Fortschrittspartei und die Freikonservativen. Er genoß ein außerordentliches Vertrauen bei diesen Parteien, und die fast bedingungslose Unterstützung, die sie ihm bei der gesamten Kulturkampfgesetzgebung zuteil werden ließen, ist in der parlamentarischen Geschichte Deutschlands unerhört. Trotzdem ist die Geschichte der Parteien während des Kulturkampfes sehr interessant und keineswegs einförmig. Die genannten Parteien hatten 1872 eine freie parlamentarische Vereinigung gebildet, um die Schritte gegen die Ultramontanen zunächst unter sich zu beraten. Durch die Jahre hindurch, in denen die Hauptschlachten des Kulturkampfes geführt wurden, war die nationalliberale Partei bei weitem die stärkste und durch ihre mittlere Stellung einflußreichste. Die Zahl der Mitglieder der Reichstagsfraktion war bei den Neuwahlen im Herbst 1873 von 119 auf 152 gestiegen, im preußischen Abgeordnetenhause nahm sie dieselbe beherrschende Stellung ein. Sie war die eigentliche Partei der Reichsgründung. Bismarck hatte ihre Mitarbeit schon im

1) H. R. Fischer, Falk, S. 63 f.

2) Busch, Tagebuchblätter III, S. 38 f. Die Äußerung von Falks Widerstreben ist sehr merkwürdig. Buschs Unzuverlässigkeit läßt sich hier kaum geltend machen, auch erscheint ein Irrtum Bismarcks in einer so wichtigen Sache ausgeschlossen.

Norddeutschen Bunde in umfassendem Maße in Anspruch nehmen müssen, und auch das Verdienst des ersten Ausbaues der Reichsinstitutionen kommt den Nationalliberalen zu. Die Anfänge des Kulturkampfes spielten sich im Reichstage ab, Bismarck konnte aber ohne Rücksicht auf die Parteiverhältnisse den Kampf auf das preußische Gebiet beschränken, da im preußischen Abgeordnetenhause die Nationalliberalen ebenfalls die Situation beherrschten. Von der sehr verschiedenen Zusammensetzung und dementsprechend dem verschiedenen Geist der beiden großen Parlamente in Berlin, der sich später so störend geltend machte und noch macht, war damals trotz der Ungleichheit des Wahlrechts noch keine Spur. Der Führer der Nationalliberalen in allen großen Fragen der Parteitaktik war immer Bennigsen, so sehr ihm auch bei liberalen Prinzipienfragen und in der parlamentarischen Kleinarbeit Lasker die Führung streitig machte. Ich erwähnte bereits, daß Bennigsen schon in den sechziger Jahren ein Gegner der Ultramontanen war, während des Kulturkampfes ist er immer ein Anhänger der energischsten Maßregeln gegen diese geblieben. Er war vielleicht der einzige Parteiführer in den siebziger Jahren, der — direkt — einen gewissen Einfluß auf Bismarck ausübte; er hat ihn stets für eine Verschärfung des Kampfes geltend gemacht. Insbesondere forderte er strenge Verwaltungsmaßregeln, Beseitigung aller klerikal gesinnten höheren Beamten im Rheinland und in Westfalen, die „fortwährend alle gesetzlichen Maßregeln illusorisch machen". Man würde Bennigsen erheblich unterschätzen, wenn man ihn nur als einen gehorsamen Handlanger Bismarcks hinstellen wollte. Dagegen spricht der ganze Charakter Bennigsens, aber auch sein Verhalten bei den Verhandlungen mit Bismarck wegen Eintritts in das Ministerium 1877. Einer der Gründe, wenn auch vielleicht ein untergeordneter, für Bennigsens Forderung, daß außer ihm noch zwei Gesinnungsgenossen in das Ministerium eintreten müßten, kann recht wohl die Absicht gewesen sein, seine Position in der Kulturkampffrage zu verstärken. Bennigsen hätte die Schwenkung im Kulturkampfe nicht mitgemacht. An dem ersten Friedensgesetz von 1880 beteiligte er sich zwar noch und erreichte durch seine Kompromißpolitik, daß manche Nachgiebigkeit gegen die römische Kirche in dem Gesetze wegfiel. Die Vorlage von 1886, in der die wesentlichsten Teile der Kulturkampfgesetzgebung aufgegeben wurden, lehnte er ab und bestimmte auch Miquel dazu, im Herrenhause dagegen aufzutreten. Schon im Frühjahre 1881 erklärte er Bismarck in einer Unterredung, daß er sich auf einer abschüssigen Ebene bewege; wäre er (Bismarck) nur noch wenige Jahre fest geblieben, dann hätte die Kurie nachgegeben. Aber Bismarck konnte ihm mit Recht entgegnen, daß ihm Bennigsen ja für diese Politik keine Mehrheit zur Verfügung stellen könnte. Der Vorsitzende der kirchenpolitischen Kommission, die die Kulturkampfgesetze bearbeitete, war anfänglich Bennigsen, der nationalliberale Professor Gneist war ihr Berichterstatter. Dieser entfaltete eine umfangreiche Tätigkeit gegen die Ultramontanen, die bei dem Idealismus Gneists bisweilen leidenschaftliche Formen annahm. Dagegen zeichnete sich Forckenbeck, der selbst Katholik war, durch eine sehr ruhige, sachkundige Beurteilung



aus. Man kann bedauern, daß Forckenbeck in seiner Stellung als Präsident des Abgeordnetenhauses, später des Reichstages, sich Zurückhaltung auferlegen mußte und an der Beratung wenig Anteil nehmen konnte, denn er erkannte die Schwächen der Maigesetzgebung, die Unterschätzung der Macht der katholischen Geistlichkeit, sofort klar. Er war auch Mitglied des Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten und hat in dieser Eigenschaft die Rechte des Staates immer energisch wahrgenommen, aber doch auch einen mäßigenden Einfluß ausgeübt.

Die Gründe, aus denen die Nationalliberalen den Kulturkampf mitmachten, waren liberale und nationale zugleich. Sie wollten der Verdummung der Massen durch den Ultramontanismus entgegenarbeiten und die Sicherheit des Staates gegen ultramontane Umtriebe aufs schärfste wahren. Es waren dieselben Gründe, die auch für die Freikonservativen resp. für die Reichspartei und für die nur kurze Zeit bestehende liberale Reichspartei maßgebend waren, die ja überhaupt beide dem rechten Flügel der Nationalliberalen sehr nahe standen. Anders war die Haltung der Fortschrittspartei. Für diese waren in erster Linie prinzipielle doktrinäre Gründe ausschlaggebend. Sie wollte für die Güter der Kultur, für Volksbildung im weitesten Umfange kämpfen. Dem stellte sich aber nach Ansicht der Fortschrittler die katholische Kirche, die sie überhaupt vielfach als ein rückschrittliches Element ansahen, meist entgegen. Das Haupt dieser Kulturkämpfer aus Prinzip war der hervorragende Mediziner Rudolf Virchow.

Es gab im Kulturkampf eine Menge Faktoren, die gerade liberale Parteien abstoßen mußten. Oft genug wurden liberale Prinzipien verletzt. Verschiedene Gesetze hatten doch wenigstens den Anschein von Ausnahmegesetzen. Vor allem aber widersprach die Menge der diskretionären Befugnisse, die man der Regierung gezwungenermaßen überlassen mußte, sehr den parlamentarischen Neigungen der Liberalen. Überhaupt die ganze Art und Weise, in der der Kulturkampf notwendig geführt werden mußte: dieses durch Dick- und Dünngehen mit der Regierung, war gar nicht nach dem Geschmack der entschieden Liberalen. Dazu kam bei einigen klugen und mißtrauischen Führern, wie Forckenbeck, das Gefühl, daß Bismarck der Kulturkampf auch zu dem Zwecke erwünscht sei, die liberalen Parteien zu beschäftigen und ihre Kräfte anderen (liberalen) Plänen, die Bismarck mißfielen, zu entziehen.

## VII. Konservativismus und Protestantismus im Kulturkampf. Die Haltung des Kaisers.

Bismarck neigte, sobald nicht die Staatsraison allein für ihn maßgebend war, stets mehr konservativen als liberalen Ansichten zu. Deshalb legte er großen Wert darauf, den Kulturkampf mit den Konservativen zusammen führen zu können, und hat sich später bitter beklagt, daß ihn die konservative Partei beim Kampfe gegen Rom im Stiche gelassen habe, wodurch er gezwungen worden sei, sich mit den Liberalen zu liieren und in die „Falksche Sackgasse" zu geraten.

Ich habe mich hier mit der Haltung der Konservativen nur soweit zu beschäftigen, als sie Einfluß auf den Gang des Kulturkampfs gewonnen hat. Die Frage, ob die Konservativen durch ihr Verhalten in jener Zeit den Protestantismus gefördert haben oder nicht, kann hier unerörtert bleiben. Ich möchte aber von vornherein betonen, daß eine allgemeine Beurteilung oder Kritik konservativer Parteidoktrinen mir ganz fern liegt. Vielmehr lege ich an die Haltung der Konservativen nur den Maßstab, an dem m. E. zunächst jede Partei in ihrer Bedeutung für den Kulturkampf gemessen werden muß: Hat die Partei den Staat und in welchem Umfang hat sie ihn gegen die römische Kirche unterstützt?

Unter solchem Gesichtspunkte betrachtet wird allerdings die Haltung der Konservativen — vor allem in den siebziger Jahren — nicht allzu günstig beurteilt werden können. Es darf aber auch der Unterschied zwischen den Konservativen zur Zeit der Reichsgründung und den späteren Konservativen nicht vergessen werden. Die ersteren standen dem neuen Reich zunächst nicht allzu freundlich gegenüber und waren in erster Linie noch Preußen. Der Umbildungsprozeß der Partei aus einer altpreußischen in eine wirkliche Reichspartei, die deutsch-konservative, vollzog sich sehr langsam. Beim Beginn des Kulturkampfes und während der heftigsten Kampfesjahre waren die preußisch-partikularistischen Neigungen der Konservativen noch ziemlich stark und machten sie zu Gegnern von Bismarcks Politik. Dieser erkannte mit Scharfblick den Fehler seiner alten Parteigenossen: sie hatten teils nicht die Absicht, teils nicht die Befähigung, „das historische Fortschreiten deutscher und europäischer Politik in breitem Überblick zu beurteilen". Autorität und Legitimität waren immer noch die etwas staubig gewordenen obersten Begriffe alles konservativen Denkens. Sogar Harry von Arnim, der doch zu den preußischen Altkonservativen ausgezeichnete Beziehungen unterhielt, wirft es seinen Parteigenossen als Fehler ihrer Politik vor, daß sie den Papst als den eigentlichen Träger der Legitimität ansahen und ihn schützen wollten, „weil die Autorität nicht geschwächt werden dürfe". Bei solchen Ansichten mußten die Konservativen natürlich zu einem energischen Kampfe gegen die Ultramontanen untauglich sein.

Es ist bekannt, wie lebhaft die damaligen Konservativen die Lehre von der Staatsomnipotenz bekämpften.[1]) Beim Kulturkampf kam aber auf die energischste Wahrung der Staatsautorität auch gegenüber der Kirche alles an. Eine gewisse Sympathie der Konservativen mit der autoritativsten und konservativsten aller Kräfte, der katholischen Kirche, war von vornherein da und deshalb eine Annäherung an das Zentrum fast unausbleiblich. Ludwig v. Gerlach, der einstige Mentor Bismarcks, zog die letzte Konsequenz, nachdem er 1871 in der Schrift „Kaiser und Papst" bereits das Zentrum verteidigt und die Lehre von der Staatsomnipotenz verdammt hatte, und trat im Januar 1872 in das Zentrum ein.

Beim Beginn des Kulturkampfes standen die Konservativen noch auf

1) Charakteristisch dafür ist die Schrift von Schroeder: Vier Jahre Kulturkampf.



Seite der Regierung, gegen das Schulaufsichtsgesetz stimmten aber bereits einige, weil sie schon durch eine Veränderung in der Schulaufsicht eine Entchristlichung der Schule fürchteten. Falk war den Konservativen als Liberaler von vornherein verdächtig. Im Februar 1874 konnte August Reichensperger nach einem Diner bei dem Redakteur der „Kreuzzeitung", Herrn v. Nathusius, den Bismarck als „Preßbengel" bezeichnet hat, bereits befriedigt schreiben: „Die altpreußischen Konservativen fühlen sich immer mehr zu den Ultramontanen hingedrängt."[1]) Auch der sehr konservative Feldmarschall Roon, der selbst an leitender Stelle die ersten Maßregeln gegen die katholische Kirche mitgemacht hatte, schreibt am 15. Februar 1874: „Den Katholizismus mit all seinen zahlreichen Verdummungsapparaten verächtlich zu machen, ist ganz leicht gegangen, wo aber ist außerhalb desselben die autoritative Kraft zu finden, durch welche die sittlichen Hebel des Christentums in Wirksamkeit gesetzt werden?"[2])

Die Abneigung der Konservativen gegen den Kulturkampf wurde verstärkt und die „unselige Lehre von der Solidarität der konservativen Interessen" mit dem Katholizismus erhielt neue Nahrung dadurch, daß immer wieder darauf hingewiesen wurde, daß durch den Kampf auch die protestantische Kirche geschädigt würde.

Im Zusammenhang mit diesen wesentlich konservativen Elementen muß auch der Haltung Kaiser Wilhelms I. gedacht werden. Wir wissen durch Bismarck und durch Hohenlohe, daß Bismarck den Kaiser nur mit Mühe von der Notwendigkeit der Maßregeln gegen die Ultramontanen überzeugen konnte. Dem Kaiser war die Aussicht, seine ruhmreiche Regierung durch einen undankbaren Kampf zu beschließen, von vornherein unsympathisch, dazu kam, daß er im Grunde eine ganz konservative Natur war. Einzelne Maßregeln, wie die Zivilehe, konnten ihm nur mit größter Mühe abgerungen werden. Daran hat sich die Polemik geknüpft, ob Bismarck wirklich ein Anhänger der Zivilehe gewesen sei. Er selbst lehnt es ab und gibt an, daß er zur Einführung der Zivilehe nur durch Falk und Camphausen gezwungen worden sei, die mit Amtsniederlegung gedroht hätten. — Von einer Hinneigung des Kaisers zur katholischen Kirche war natürlich keine Spur vorhanden. Sein Brief an den Papst im Jahre 1873 verdient als ein schönes Zeichen protestantischen Geistes immer wieder hervorgehoben zu werden. Nach dem ersten Attentat im Jahre 1878 hatte der Kaiser geäußert, vor allem komme es darauf an, daß dem Volke die Religion erhalten bleibe. Er fürchtete, daß durch die fortgesetzten staatlichen Maßregeln gegen kirchliche Einrichtungen schließlich auch die Religion leiden könnte, und daher war er über Bismarcks Einlenken in den achtziger Jahren sehr befriedigt. Noch mehr war es der Fall bei der Kaiserin Augusta. Die Rolle, die diese hinter den Kulissen des Kulturkampfes gespielt hat, ist nicht unbedeutend, zweifellos hatten gewisse jesuitische Kreise, vor allem die Familie Radziwill, großen Einfluß auf die Kaiserin. Ihre

1) Pastor, Aug. Reichensperger II, S. 118.
2) Roon, Denkwürdigkeiten III, S. 391.

Opposition richtete sich meist gegen Bismarck und Falk persönlich. Die sich daraus ergebenden Reibungen sind, wenn sie auch die Tätigkeit der leitenden Staatsmänner oft erschwerten, doch überwunden worden, ich gehe also darauf nicht näher ein.

## VIII. Das Zentrum und der Kulturkampf. Windthorst.

Das Zentrum zählte 1871 im Reichstage 63 Abgeordnete (700 000 Stimmen) zu seinen Mitgliedern, 1873 bereits 91 (1 400 000 Stimmen). Trotz dieser Stärke behandelte man die Fraktion als „fremdartiges Element" und überging sie in der Besetzung des Präsidiums vollständig bis zum Jahre 1879, ebenso wie im Vorsitz in den einzelnen Kommissionen. Die Partei schuf sich sofort ein Zentralorgan, in der seit 1. Januar 1871 erscheinenden „Germania", deren Leiter, der eigentliche Kulturkampf-Redakteur, vom 21. März 1871 an Majunke war.

Als Grund für die Entstehung des Zentrums wird nach gewöhnlicher katholischer Auffassung angegeben, daß es zunächst nur eine Sicherheitsmaßregel der deutschen Katholiken gegen die mit Sicherheit zu erwartenden Angriffe auf die katholische Kirche in Deutschland gewesen sei. Professor Martin Spahn, der sich bemüht, das Zentrum überhaupt als die einzig wahre Reichspartei hinzustellen, will die Notwendigkeit der Gründung des Zentrums außerdem noch aus den Ansätzen eines allgemeineren Bedürfnisses nach einer christlich-konservativen Mittelpartei herleiten. Er gesteht aber zu, daß die Führer des Zentrums wenigstens in den ersten drei Jahren sich noch völlig in dem Gedankenkreis der ehemaligen „katholischen Fraktion" bewegten. Die Haltung Bismarcks und der deutschen Regierung hatte den deutschen Katholiken noch keinen Anlaß gegeben, überhaupt eine Abwehrmaßregel zu treffen. Auf die bloßen Zukunftsmöglichkeiten von kirchlichen Konflikten hin aber gründet man keine große politische Partei. Die Lage war eben damals so, daß das katholische Empfinden im Volke so stark geworden war, daß sich auf dieser Basis eine Partei errichten ließ. Einzelne hervorragende Führer der Katholiken waren klug genug, das zu erkennen und entsprechend auszunutzen. Das Bestreben, eine besondere Partei zu bilden, ist schon vom Gesichtspunkt parlamentarischen Ehrgeizes aus ohne weiteres verständlich, es wird es noch mehr, wenn man die Verhältnisse im Norddeutschen Bund betrachtet. Im Reichstage von 1867—70 waren die klerikalen Abgeordneten zu völliger Bedeutungslosigkeit herabgedrückt, sie gründeten zwar eine besondere Fraktion, den Bundesstaatlich-konstitutionellen Verein, über dessen Dürftigkeit aber auch der lebhaft partikularistische Anstrich nicht hinwegtäuschen konnte. Nur Windthorst spielte — einzig durch seine persönliche Bedeutung — eine gewisse Rolle als „Fraktion Meppen". Für den Charakter des Zentrums ist die Tatsache ausschlaggebend, daß seine Mitglieder von Anfang an immer nur als Katholiken gewählt worden sind; daran können auch die bekannten „Renommierprotestanten" nichts ändern. Auf die Frage: ist das Zentrum eine konfessionelle Partei oder nicht? möchte ich nicht näher eingehen. Die



grundsätzliche Orientierung aller politischen Fragen nach konfessionellen Gesichtspunkten ist von vornherein ein großes Übel. Das wirklich Gefährliche aber ist, daß sich bei der Abhängigkeit des Zentrums vom katholischen Klerus niemals sagen läßt, wie weit die Zentrumspolitiker selbst die Geschobenen sind. Wenn man an die Machtansprüche und an den im geheimen wirkenden Einfluß der katholischen Kirche auf ihre Bekenner denkt, dann wird man verstehen, was es bedeutet, daß im Deutschen Reichstag eine mächtige rein-katholische Partei besteht. Bismarck sagte deshalb in der Rede vom 30. Januar 1872 im Abgeordnetenhause: „Ich habe es von Haus aus als eine der ungeheuerlichsten Erscheinungen auf politischem Gebiete betrachtet, daß sich eine konfessionelle Fraktion in einer politischen Versammlung bildet . . ." Es ist sehr charakteristisch, daß Windthorst einmal gesagt hat, das Zentrum datiere von Königgrätz an. Unter großen historischen Gesichtspunkten betrachtet, ist das Zentrum, wie H. Oncken es ausdrückt, „die großdeutsch-katholische Reaktion gegen das Werk Bismarcks, die kleindeutsch-preußische Lösung der deutschen Einheitsfrage".

Die ersten Jahre der Zentrumsgeschichte, das „Heldenzeitalter der Partei", stehen unter dem Zeichen der Abneigung gegen das neue Reich; welches andere Band sollte sonst Ultramontane und protestantische Welfen zusammenhalten? Das Zentrum war der Hort aller extrem-partikularistischen Bestrebungen. Zu dem Bündnis mit den heimlichen Reichsfeinden aber kam auch noch die verdächtige Freundschaft mit den offenen Reichsfeinden, den Polen und später den elsässischen Protestlern. Es wird auch von katholischer Seite nicht geleugnet, daß Herr v. Savigny, einst der Freund Bismarcks, dem Zentrum aus Abneigung gegen Bismarck beitrat, der ihm 1867 das in Aussicht gestellte Amt des Bundeskanzlers nicht übertragen konnte, weil der konstituierende Reichstag die Befugnisse dieses Amtes so erweitert hatte, daß es Bismarck selbst übernehmen mußte. Von einem Versuche Savignys, den sächsischen Partikularismus für das Zentrum zu gewinnen, haben wir Kenntnis durch die Erinnerungen des sächsischen Ministers v. Friesen erhalten. Diesem legte Savigny das Programm der neuen Partei vor, Friesen erkannte jedoch sehr bald, es handle sich „dabei um eine Vereinigung von Männern, die ganz ausgesprochen katholisch-kirchliche (ultramontane), dem Staate und speziell dem Deutschen Reiche ganz fernliegende Tendenzen verfolgten, mit anderen Personen, die entweder als konservative Hannoveraner damals noch überhaupt dem Deutschen Reiche feindlich gegenüberstanden oder die sonst als persönliche Gegner des Reichskanzlers bekannt waren." [1]) Friesen lehnte deshalb die Verbreitung des Programms, dessen konservative Prinzipien er als Konservativer natürlich billigte, in sächsisch-konservativen Kreisen ganz entschieden ab.

1) III. Bd., 1910, S. 239 f. Bezeichnend angewandt ist die Methode, abgekürzt zu zitieren, in der neuesten Kulturkampfgeschichte von J. B. Nißling. Bei diesem findet Friesen das Programm nur „als zu ausgesprochen kirchlich (ultramontan)", es sieht dann so aus, als billige es Friesen wegen der darin enthaltenen konservativen Prinzipien im wesentlichen.

Der beste Bundesgenosse des Zentrums, Wahlmacher und oberster Ratgeber zugleich, war natürlich die katholische Geistlichkeit, die die Partei in jeder Weise förderte. Die Mitwirkung der Bischöfe im Kulturkampf erscheint zunächst als eine mehr dekorative; wie sehr sie hinter den Kulissen mitgespielt haben, entzieht sich unserer Kenntnis, daß sie aber eine sehr erhebliche Rolle gespielt haben, ist zweifellos. Sie protestierten immer gemeinsam, meist von Fulda aus, gegen die einzelnen Kulturkampfmaßregeln, dann aber hatten sie — bei ihrer weithin sichtbaren Stellung leuchtende Beispiele — die Rolle von Märtyrern zu übernehmen. Die größte Bedeutung hatte natürlich der Bischof Ketteler von Mainz,[1]) dessen öffentliches Eingreifen aber später, als der Kulturkampf zu einer reinpreußischen Angelegenheit geworden war, beschränkt war. Ketteler war auch eine Zeitlang als Reichstagsabgeordneter in der Zentrumsfraktion tätig und wegen seiner Beziehungen zu Rom für die Partei sehr wertvoll.

Außerordentlich lebhaft war die Teilnahme der niederen Geistlichkeit am Kulturkampf und in der Unterstützung des Zentrums. Sie bildete eine Art Zentrumsdemokratie, deren Einfluß in der Partei recht beträchtlich war, wie sich besonders beim Friedensschluß unangenehm für das Zentrum bemerkbar machte. Aber auch schon während des Kampfes hatten Windthorst und andere Führer, wie Spahn zugibt, das „Demagogentum in der Partei niederzuhalten". Bismarck hatte diese Verlegenheiten, die dem Zentrum die „Kaplanokratie, die Demokratie der mittleren und niederen Geistlichkeit" bereitete, sehr glücklich mit den Verlegenheiten des Goetheschen Zauberlehrlings verglichen. Auch Majunke kann nicht unterdrücken, daß sich in den niederen aufgehetzten Schichten der katholischen Bevölkerung eine starke Opposition gegen den Frieden mit der preußischen Regierung erhob, so daß „in mehreren Fällen sogar das Einschreiten der bischöflichen Behörden erforderlich wurde".

Die Zentrumsführung war im stillen sehr zufrieden, daß die Aufregung in den katholischen Landesteilen solange anhielt. Eine bessere Wahlparole als den Kulturkampf konnte sich das Zentrum nicht wünschen, er wurde für diese Zwecke natürlich in ausgedehntestem Maße ausgenutzt. In welcher Weise das geschieht, ist ja bis in die Gegenwart hinein allgemein bekannt.

Es ist nötig, noch etwas über die Führung des Zentrums zu sagen. Die Partei war in jener Zeit reich an Talenten und guten Rednern. Unter diesen ragen die alten Koryphäen der katholischen Fraktion, die Brüder Reichensperger, hervor, aber sie mußten doch völlig hinter dem Führergenie der „kleinen Exzellenz" Windthorst zurücktreten. In den ersten drei Jahren vermag sich Mallinckrodt noch neben Windthorst zu behaupten, einmal, weil sich dieser noch zurückhalten mußte, um sich von dem Verdachte, nur eine katholische Maske zum Nutzen seiner welfischen Bestrebungen vorzuhalten, zu reinigen, dann aber genoß Mallinckrodt auch ein außerordentlich großes Ansehen bei den deutschen Katholiken. Er war eine unantastbare Persönlichkeit, ein ernster Westfale, oft mit steinerner Ruhe, dazu ein ganz fanatischer Katholik. Von einer höheren staatsmännischen Befähigung fehlen allerdings Proben, aber auch Bismarck hatte eine hohe Meinung von Mallinckrodt. Der „Judas Maccabäus" der deutschen Katholiken starb aber frühzeitig (im Mai 1874). Das Verhältnis zu Windthorst war übrigens immer ein ausgezeichnetes. Nach Mallinckrodts Tode kann man das Zentrum die „Fraktion Windthorst" und die übrigen Zentrumsabgeordneten mit Bismarck „beliebige Abschwächungen des Gattungsbegriffs Windthorst" nennen. Bismarck ist sich über die Bedeutung der „schwarzen Perle von Meppen" niemals im unklaren gewesen, nichts beweist das besser, als der Haß, dessen er Windthorst gewürdigt hat. Er machte in den ersten Jahren des Kulturkampfs einige Versuche, Windthorst aus dem Zentrum herauszudrängen, die aber mißlangen. Ein wirklich schöpferischer Staatsmann im Stile Bismarcks ist Windthorst nicht gewesen, aber einen größeren parlamentarischen Taktiker als ihn hat der deutsche Reichstag nicht wieder gesehen. Auf diesem Gebiete ist er sogar Bismarck mindestens ebenbürtig gewesen. Später wurde die Führung des Zentrums Windthorst bisweilen von dem westfälischen Bauernkönig v. Schorlemer-Alst streitig gemacht, aber ohne Erfolg. In den achtziger Jahren waren Reibungen innerhalb der Zentrumsfraktion nicht ganz selten, aber Windthorsts Führereigenschaften ließen die Parteien nach außen hin immer als ein geschlossenes Ganze erscheinen. Jedenfalls ist Windthorst, dieser kleine, gebrechliche, später fast blinde Mann, der oft so aalglatt, oft von so abstoßender Kälte sein konnte, die eigentümlichste Erscheinung des deutschen Reichstages gewesen.

Die Verdienste Windthorsts um das Zentrum können gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es ist kaum zuviel gesagt, daß er durch seine meisterhafte Taktik überhaupt die Erhaltung des Zentrums ermöglicht und bewirkt hat, daß das Zentrum als einzige große bürgerliche Partei von Bismarck nicht unterjocht, geschweige denn ganz zerrieben werden konnte.

## IX. Bismarcks Haltung im Kulturkampf.

Von Bismarck mußte notwendig im Verlaufe meiner Darstellung immer wieder die Rede sein. Ich will nun nicht die sämtlichen Äußerungen Bismarcks über den Kulturkampf zusammenstellen, und seine Handlungsweise im einzelnen betrachten, sondern vielmehr versuchen, ein Gesamtbild von Bismarcks Haltung während des Kulturkampfes zu geben.

Es kann nicht genug betont werden, daß Bismarcks Absicht zunächst nicht im mindesten eine Bekämpfung der katholischen Kirche gewesen ist, sondern daß er zunächst nur das Zentrum bekämpfen wollte. Unter den Gründen dafür, die Bismarck selbst angegeben hat, kehrt die Polengefahr immer wieder, erst in zweiter Linie stehen die welfischen und andere partikularistische Bestrebungen. Schließlich kam auch die Lage der auswärtigen Verhältnisse Deutschlands in Betracht und die Schwierigkeiten, die das Zentrum Bismarck in dieser Beziehung machte, man denke z. B. an die

1) Über diesen vgl. die Schrift von G. Krüger, Bischof Ketteler, 1911 (Verlag des Evangelischen Bundes).

Ausnutzung der Broschüre des ehemaligen italienischen Ministers La Marmora („Etwas mehr Licht!") über die Haltung Bismarcks 1866, an die Solidarität der ultramontanen Interessen in ganz Europa, von der in der französischen Deputiertenversammlung offen gesprochen wurde.

Bismarck hat später bisweilen versucht, die Verantwortung für den Kulturkampf von sich abzuwälzen, er sei in der Hauptzeit gar nicht preußischer Ministerpräsident gewesen, auch hätten ihm Eingriffe in andere Ressorts durchaus fern gelegen. Derartige Äußerungen sind meist zu einem bestimmten Zwecke gemacht worden, und Bismarck versucht selbst vergeblich, seinen Einfluß auf die gesamte preußisch-deutsche Politik herabzusetzen. Eine überraschende Mitteilung hat uns in dieser Beziehung erst vor kurzem wieder Friesen gemacht.[1]) Dieser besuchte Bismarck im April 1874 und Bismarck äußerte sich unter anderem auch über den Kulturkampf. „Mit dem bin ich gar nicht einverstanden, er ist ganz gegen meine Absicht entstanden! Ich wollte die Zentrumsfraktion als politische Partei bekämpfen, weiter nichts! . . . Daran, daß man weiter gegangen ist und die ganze katholische Bevölkerung aufgeregt hat, bin ich ganz unschuldig." Bismarck sprach dann weiter von der Zivilehe, für die er nur wegen der Rücktrittsdrohung Camphausens und Falks eingetreten sei, und von den Maigesetzen. Diese habe er unterzeichnet, ohne sie gelesen zu haben. „Jetzt", fügte er wörtlich hinzu, „bedauere ich freilich, daß ich jene Gesetze nicht wenigstens gelesen habe, es steht doch gar zuviel dummes Zeug darin, was ich gewiß herausgestrichen hätte." Bismarck betonte vor und nach der Unterredung verschiedene Male, er lege Wert darauf, daß der — nota bene katholische! — König von Sachsen seine Ansichten erfahre. Das erklärt natürlich viel, die Äußerungen Bismarcks sind eben in usum delphini gemacht worden.

Der außerordentlich kluge, aber ebenso charakterlose Harry v. Arnim sagt in der Vorrede seiner Schrift: „Der Nuntius kommt!" über Bismarcks Haltung im Kulturkampf: „Die alte Praxis des Aderlassens, Feuer und Eisen, sind noch einmal angewandt worden, wo Diätetik und konsequente Luftkur angezeigt waren." Es ist der alte Vorwurf, Bismarck habe sich im Kulturkampf über die Kräfte des Gegners vollständig getäuscht. Man wird das nicht annehmen können, wenn man die außerordentliche Vorsicht Bismarcks mit dem Beginne des Kampfes kennt und weiß, daß er fast von Anfang an nicht auf einen endgültigen Frieden mit Rom, sondern nur auf einen modus vivendi gerechnet hat. Bereits 1875 äußerte er, daß die „Aggression" im Kulturkampf der Schulbildung zu überlassen sei, auf politischem Gebiet genüge die „Defensive".

Um Bismarcks Haltung richtig zu verstehen, darf man vor allem nicht aus dem Auge lassen, daß der Kulturkampf immer nur ein Teil von Bismarcks Gesamtpolitik gewesen ist. Niemals hat er den Kulturkampf als Selbstzweck aufgefaßt. Zweifellos spielt für Bismarcks Haltung das Motiv eine Rolle, daß durch den Kulturkampf die liberalen Parteien be-

1) Lebenserinnerungen III, S. 282ff.



schäftigt und an Bismarcks Politik gekettet wurden. Der konservative Minister Graf Otto Stolberg, beklagte sich 1879 Bosse gegenüber, daß Bismarck die Verhandlungen mit Rom „mehr als ein bloßes Adjuvans für seine sonstigen politischen Pläne behandelt".[1]) Auch Miquel schreibt 1883 ergrimmt an Bennigsen, daß er das neue Friedensgesetz ablehnen wolle, wenn „Bismarck fortfährt, die Kirchenfrage nach Opportunität zu behandeln, statt sie definitiv und organisch zu lösen".[2])

Man muß eigentlich, um Bismarcks Haltung ganz verstehen zu können, seine gesamte übrige Politik mit in die Betrachtung einbeziehen. Wie eng die Zusammenhänge sind, erkennt man z. B. bei dem Bruche Bismarcks mit den Nationalliberalen. Dieser ist, wie Lenz in seiner Geschichte Bismarcks als möglich hinstellt, in der unerwarteten Form, in der ihn Bismarck am 22. Februar 1878 durch seine Erklärung für das Tabakmonopol entgegen den Besprechungen mit Bennigsen 1877 vollzog, wahrscheinlich zu erklären durch den eben eingetroffenen versöhnlichen Brief des neuen Papstes vom 20. Februar 1878. Der liberale Papst schien endlich da zu sein, da hatten die Liberalen ihre Schuldigkeit getan und konnten gehen.

Man kann es natürlich bedauern, daß Bismarck ein so wichtiges Problem, wie den Kulturkampf, nicht als Selbstzweck zu lösen unternommen hat, aber er fühlte sich selbst um so weniger als Unterlegener im Kulturkampf, als es ihm in den achtziger Jahren endlich doch gelungen war, das Zentrum in den kirchenpolitischen Fragen auszuschalten und ihm auf dem Umwege über Rom vorzuschreiben, wofür es zu stimmen habe. Windthorst war von dieser Entwicklung der Dinge wenig entzückt, wurde er doch sogar von den Unterhandlungen der Kurie mit Bismarck z. T. gar nicht in Kenntnis gesetzt. Durch die Vermittlertätigkeit des Bischofs Kopp wurde Windthorst immer mehr zur Seite gedrängt, worüber er mit Recht empört war.

Bismarck hatte wahrscheinlich immer noch die Hoffnung, daß das Zentrum, wenn es beim Friedensschluß übergangen und der Frieden mit Rom hergestellt sei, als überflüssig „verdufften" müsse. Diesem Ziel glaubte er sich im Jahre 1887 besonders nahe, als es ihm gelang, beim Kardinalstaatssekretär Jacobini eine päpstliche Einwirkung auf das Zentrum in einer rein weltlichen Angelegenheit, wegen des Septennats für die Militärausgaben, durchzusetzen. Inwiefern Bismarck sich diesen päpstlichen Liebesdienst durch Konzessionen — etwa durch die kirchenpolitische Vorlage von 1887, die ziemlich unmotiviert den vier großen Friedensgesetzen nachhinkte — erkauft hat, läßt sich nicht entscheiden. Jedenfalls zeigte sich auch in diesem Falle, daß die Kurie in Bismarck ihren Meister gefunden hatte. Aber dieser feinste Schachzug Bismarcks gegen das Zentrum scheiterte an der meisterhaften Taktik Windthorsts. Bismarck hatte die zwei Noten Jacobinis, die dem Zentrum das Eintreten für das Septennat vorschrieben, mitten im Wahlkampfe veröffentlichen lassen. Windthorst zog sich durch seine berühmte Gürzenichrede vom 6. Februar

1) Grenzboten 1904, S. 644.
2) Oncken, Bennigsen II, S. 498.

1887 in Köln aus der Schlinge und erfand zugleich eine glückliche Wahlparole: die Erklärung des Papstes von der Notwendigkeit des Fortbestandes des Zentrums, von der in der zweiten Note die Rede war.

Seinen Hauptzweck bei dem Kulturkampfe, die Vernichtung des Zentrums, hatte Bismarck nicht erreicht. Insofern kann man von einer Niederlage sprechen. Es erscheint aber unbillig, einen integrierenden Bestandteil aus Bismarcks Gesamtpolitik herauszuschälen und diesen für sich allein auf Gelingen oder Mißlingen zu prüfen. Was bei der Ausführung Teil eines Ganzen gewesen ist, muß es auch in der Beurteilung bleiben.

## X. Das Ergebnis. Wirkungen und Lehren des Kulturkampfes.

Unzählig sind die Lamentationen, die von katholischer Seite bei jeder Gelegenheit über den Kulturkampf angestimmt worden sind. Aber wirkliche Schäden, die der Katholizismus in Deutschland durch den Kulturkampf erlitten hat, lassen sich kaum anführen, dagegen zahlreiche Vorteile. Der katholischen Kirche war überhaupt ein Kampf gegen die Regierung gar nicht so unlieb. Das beruhte, wie Bismarck schon 1869 richtig erkannte, darauf, daß eine Partei in der katholischen Kirche „der fanatischen Überzeugung lebt, daß die allgemeinen Leiden, welche aus Zerwürfnissen hervorgehen, das Ansehen der Kirche steigern werden, anknüpfend an die Erinnerung von 1848 und auf der psychologischen Wahrheit fußend, daß die leidende Menschheit die Anlehnung an die Kirche eifriger sucht als die irdisch befriedigte.“ [1])

Die zahlreichen unliebsamen Folgen und unerwünschten Nebenwirkungen des Kulturkampfes liegen klar zutage. Einmal ist es schon ganz allgemein als ein Nachteil zu betrachten, daß soviel Kräfte in einem unfruchtbaren Kampfe festgelegt wurden. Von den Schäden, die aus dem Kulturkampf auf nichtkonfessionellem Gebiet erwachsen sind, erwähne ich nur noch den, daß auf den Kulturkampf auch ein gewisser Rückgang des Parlamentarismus in Deutschland, der Qualität nach, zurückzuführen ist. Darauf hat Lasker schon aufmerksam gemacht.[2]) Die ultramontanen Redner gewöhnten sich daran, ihre Reden in den Parlamenten, je weniger sie damit Anklang bei der festgeschlossenen Kulturkampf-Mehrheit finden konnten, immer mehr auf die Wirkung nach außen einzurichten. Dadurch wurde die Rücksicht auf die Wählermassen natürlich zum Schaden der Verhandlungen immer mehr maßgebend. Dazu kam die gehässige Kampfesführung, die viele vornehm denkende Männer vom Eintritt in den Reichstag zurückhielt.

Der schlimmste Nachteil des Kulturkampfes aber war, daß gerade das Gegenteil von dem erreicht wurde, was man vielfach als Ziel erhofft hatte: statt einer Zurückdrängung eine außerordentliche Steigerung des konfessionellen Zwiespalts. Durch den Kulturkampf wurden

1) Hohenlohe, Denkwürdigkeiten I, S. 385/86.
2) Cahn, Lasker, S. 90.



die Katholiken erst recht zu einer sich als zusammengehörig fühlenden Masse zusammengedrängt. Die besondere klerikale Wissenschaft, die sich zum Schaden der deutschen Geisteskultur gebildet hatte, gewann nur noch an Umfang und auch die katholische Presse wuchs riesig an. Auf allen Gebieten arbeiteten die Ultramontanen auf eine planmäßige Konfessionalisierung hin, die sich bis auf Gebiete des täglichen Lebens erstreckt. August Reichensperger, der Kunstästhetiker sein wollte, fand bei einer Reise zwar Dänemark schön, konnte aber den Ausruf nicht unterdrücken, wieviel schöner dieses Land sein müßte, wenn es ganz katholisch wäre. Gerade solcher Geist, der im Interesse der deutschen Kultur ausgerottet werden müßte, wurde durch den Kulturkampf gefördert. Auch ist darauf hinzuweisen, daß die katholischen Bischöfe über die Verlegenheiten, die ihnen das Unfehlbarkeitsdogma bereitete, durch den Kulturkampf bequem hinweggekommen sind.

Als Nachteil wird ferner oft angeführt, daß der Einfluß des Papstes in Deutschland durch den Kulturkampf gewachsen sei, besonders dadurch, daß Bismarck die Hilfe des Papstes wiederholt in Anspruch nahm — unter der bedenklichen Fiktion, daß er den Papst eigentlich gar nicht als auswärtige Macht ansehen könne. Das halte ich nicht für stichhaltig. Bismarck arbeitete nun einmal in seiner Politik mit gewagten Mitteln, und das Verhältnis war auch so, daß Bismarck den Papst als Figur auf seinem Schachbrett hin und her schob und nicht umgekehrt. Bismarcks Politik dem Papste gegenüber konnte diesen eigentlich nur kompromittieren, und wenn eine Stärkung des päpstlichen Einflusses in Deutschland eingetreten ist, dann beruht sie eben auf der Entwicklung innerhalb der katholischen Kirche, nicht auf Bismarcks Politik.

Wirkliche Freude über den Friedensschluß herrschte weder auf katholischer Seite — auf dieser schon aus agitatorischen Gründen nicht — noch auf protestantischer. In weiten Kreisen der protestantischen Bevölkerung herrschte Unzufriedenheit. Bei Gelegenheit des Friedensgesetzes von 1886 machte sich die protestantische Opposition gegen Bismarcks scheinbare Nachgiebigkeit gegen Rom am lautesten Luft und führte schließlich, als einer der Gründe, zu der Gründung des Evangelischen Bundes.

Man darf nicht vergessen, daß der Kulturkampf auch eine Reihe erfreulicher Folgen gehabt hat, unter denen das Schulaufsichtsgesetz und die Zivilehe in erster Reihe stehen. Der Staat beschränkte sich auf die Defensive: Aufgabe der Offensive kann man aber noch nicht Niederlage nennen. Es wurde nach dem Kulturkampf nicht einfach der status quo ante wieder hergestellt, sondern es blieben doch gewisse Errungenschaften.

Bei der Feststellung des Gesamtergebnisses muß man berücksichtigen, daß das Verhältnis der beiden Konfessionen in Deutschland so war, daß ein Zusammenstoß unvermeidbar war. Max Lenz weist mit Recht darauf hin, daß das Urteil über den Kulturkampf vor allem davon abhängt, welches Ziel man dem Kulturkampf als dasjenige, welches hätte erreicht werden müssen, stellt. Man muß sich hüten, Bismarck in dieser Beziehung zuviel unterzuschieben.

Die großen Zusammenhänge, in die man den Kulturkampf als „eine Episode in dem tausendjährigen Kampfe gegen Rom“ oft bringt, sind ja ganz schön und gut, aber doch meist nur rhetorischer Aufwand. Ähnlichen geringen Nutzen haben solche philosophische Konstruktionen, wie sie Eduard v. Hartmann in seiner „Selbstauflösung des Christentums“ anstellt: der Kulturkampf sei „der letzte Verzweiflungskampf der christlichen Idee vor ihrem Abtreten von der Bühne der Weltgeschichte“. Das Christentum ist freilich auch nach dem Kulturkampf nicht von der Bühne abgetreten!

Ein Vorteil des Kulturkampfes ist schließlich auch die Lehre, die er uns gegeben hat, daß durch die „juristische Kampfesweise“, durch einen „Rückfall in den Josefinismus“ nichts zu erreichen ist. Der Staat darf sich nicht auf ein ihm der Art nach verschiedenes Gebiet begeben.

# Anhang.

## Probleme der Geschichte des Kulturkampfes. Quellen und Literatur.

Von den Problemen, die die Geschichte des Kulturkampfes in so reichem Maße der näheren Behandlung anbietet, führe ich einige an: Zunächst die Bedeutung Arnims für den Kulturkampf und sein Verhältnis zu Bismarck. Der Kulturkampf spielte bekanntlich im Arnim-Prozeß eine große Rolle. Arnim hatte als Gesandter in Rom während des vatikanischen Konzils bereits verschiedene Maßnahmen, die später tatsächlich ausgeführt worden sind, angekündigt. — Weiter müssen die Parteien in ihrer Haltung zum Kulturkampf einmal im einzelnen untersucht werden. Dann wäre das katholische Zeitungs- und Zeitschriftenmaterial wenigstens in einigen hervorragenderen Exemplaren durchzuarbeiten, vor allem die „Historisch-politischen Blätter“ und das deutsche Jesuitenorgan, die „Stimmen aus Maria Laach“. Auf protestantischer Seite verdienen besondere Berücksichtigung die „Grenzboten“ wegen ihrer Beziehungen zu Bismarck. Besonders verdienstlich wäre eine kritische Bibliographie der Flugschriften- und Broschürenliteratur. Was mir davon erreichbar war, habe ich als bescheidene Unterstützung unten angeführt. — Am dunkelsten erscheint noch der Einfluß der auswärtigen Politik auf den Kulturkampf, z. B. das Verhältnis zu Rußland, die französischen Revanche-Ideen in Verbindung mit ultramontanen Umtrieben in Elsaß-Lothringen usw.

Die Literatur über den Kulturkampf hat allein im Jahre 1911 drei große neue Erscheinungen aufzuweisen:

Georges Goyau, Bismarck et l'église. Le culturkampf. 1870—1878 Paris 1911. 2 Bde.

Das Buch ist von ultramontanem Standpunkte aus geschrieben, für viele Einzelheiten direkt ein Nachschlagewerk. Bewunderungswert ist die ungeheure Literaturbenutzung, die die kleinsten Veröffentlichungen nicht übersieht. Von demselben Verfasser kommen übrigens auch verschiedene ältere Werke in Betracht.

A. Böhtlingk, Bismarck und das päpstliche Rom. Berlin 1911. Das starke Buch bringt keine neuen Gesichtspunkte und hat eine etwas aufdringliche antirömische Tendenz.

J. B. Kißling, Geschichte des Kulturkampfes im Deutschen Reiche. 1. Bd.: Die Vorgeschichte. J. A. des Zentralkomitees für die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands. Freiburg i. B. 1911.

Dieses Werk soll das katholische standard work über den Kulturkampf werden. Der bisher erschienene erste Band enthält einen sehr ausführlichen historischen Rückblick, dessen Tendenz nur die Absicht zu sein scheint, der preußischen Regierung das Lob der Toleranz zu nehmen. Das Werk berücksichtigt auch die Verhältnisse der übrigen deutschen Bundesstaaten und soll zugleich eine Zusammenfassung von in Bearbeitung befindlichen Lokaluntersuchungen werden. Die behandelten Anfänge (bis 1871) lassen allerdings eine freie, unbefangene historische Würdigung kaum noch erwarten.

Als Materialsammlung und als Beispiel ultramontaner Darstellung ist die erste Geschichte des Kulturkampfes von Paul Majunke immer noch heranzuziehen. Sie ist auch von den späteren katholischen Historikern stark benutzt worden, auch von dem Bischof H. Brück, Die Kulturkampfbewegung in Deutschland 1872—1900, Mainz 1901 (Sonderabdruck aus der Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland von demselben Verfasser).

Wirkliche Förderung und neue Gesichtspunkte haben von Darstellungen eigentlich nur drei gebracht, die sich mit dem Kulturkampf nebenbei beschäftigen: H. Oncken, in den darstellenden Teilen seines Rudolf Bennigsen, 2 Bde. 1909; Felix Rachfahl, Windthorst und der Kulturkampf, Preuß. Jahrb. 135/36, und schließlich auch bis zu einem gewissen Grade trotz vieler anfechtbarer Behauptungen Martin Spahn in seinem Buche: Das deutsche Zentrum 1907.

Unter den folgenden Quellen- und Literaturangaben sind nicht berücksichtigt die allgemeine politische Literatur, die Bismarckliteratur, die parteipolitische und die kirchengeschichtliche Literatur. Ebenfalls nicht die Artikel der Enzyklopädien und Lexika, deren Heranziehung aber schon wegen der Literaturangaben empfehlenswert ist. Unberücksichtigt blieb ferner das Vatikanische Konzil. Dafür ist übrigens eine besondere Bibliographie vorhanden: A. Erlecke, die Literatur des römischen Konzils I. (die Deutsche Literatur) Leipzig 1872 (alles was erschienen). Auch die Literatur über einzelne Persönlichkeiten lasse ich weg. Ich lege vor allem Wert auf die Literatur, die quellenmäßigen Charakter von vornherein hatte oder jetzt bereits erlangt hat. Zunächst die Aktensammlungen:

L. Hahn, Geschichte des Kulturkampfs, in Aktenstücken dargestellt, Berlin 1881.

N. Siegfried (Pseudonym des ausgewiesenen deutschen Jesuitenpaters Cathrein), Aktenstücke betr. den preußischen Kulturkampf nebst einer geschichtlichen Einleitung. Freiburg i. B. 1882. Dieses Werk ist neben Hahn zu benutzen, da teilweise vollständiger und genauer.

H. v. Kremer-Auenrode, Aktenstücke zur Geschichte des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche im 19. Jahrhundert. 4 Teile. Leipzig 1873 bis 1880. Bringt auch Aktenstücke zur Geschichte des Kulturkampfes bis Oktober 1877. Berücksichtigt sämtliche europäische Länder.



Ich führe nun Broschüren, Streitschriften und andere zeitgeschichtliche Quellen an, soweit sie mir zugänglich waren. Ich bemerke nochmals ausdrücklich, daß auf Vollständigkeit kein Anspruch gemacht werden kann.

### A. Regierungsfreundliche und protestantische Schriften.

Ludwig v. Gerlach, Kaiser und Papst. Vom Verfasser der Rundschauen. 3. Aufl. Berlin 1872. Verteidigt das Zentrum gegen den Kulturkampf vom hochkonservativen Standpunkte aus.

W. Menzel, Geschichte der neuesten Jesuitenumtriebe in Deutschland I. (1870—1872). Stuttgart 1873. Bringt viel Material aus ultramontanen Zeitungen.

Ein Vorschlag zur Beilegung des Kulturkampfes. Von einem freisinnigen Katholiken. Leipzig 1881. Über verfehlte Maßregeln, will die Sittlichkeit unabhängig von der Kirche machen, interessant.

J. H. v. Kirchmann, Der Kulturkampf in Preußen und seine Bedenken. 1875. Gegner des Kulturkampfs.

Wahrlieb Freimut, Allgemeiner Rückblick auf den Kulturkampf. Barmen 1883. Ganz einseitig protestantisch-theologisch, schwülstig und übertrieben.

F. Fabri, Staat und Kirche. Betrachtungen zur Lage Deutschlands in der Gegenwart. Gotha 1872. Beschäftigt sich vor allem mit der evangelischen Kirche. Interessant für die Anfänge des Kulturkampfes, von orthodox-lutherischem Standpunkt, verständig und anregend; Gegner des Kulturkampfes.

O. Mejer, Um was streiten wir mit den Ultramontanen? Hamburg 1875. Beschäftigt sich besonders mit dem Wesen des Ultramontanismus.

Der Nuntius kommt! Essay von einem Dilettanten. 3. Aufl. Wien 1878. Der Verfasser, H. v. Arnim, nennt sich im Vorwort. Die Schrift ist interessant und wichtig, aber mit Vorsicht zu benutzen.

Alfred Graf v. Adelmann, Frei von Rom! Manifest eines deutschen Katholiken. Berlin 1886. Anhänger Bismarcks, erwartet noch etwas von dem Altkatholizismus, sehr würdig und knapp.

J. G. Dreydorff (reformierter Pastor), Die Jesuiten im Deutschen Reiche Warum und mit welchen Mitteln haben wir sie zu bekämpfen? Ein Vortrag. Leipzig 1872.

Borchard-Ummendorf, Das Sperrgeldergesetz und der Kampf mit Rom. 2. Aufl. Barmen 1891. Interessanter Rückblick eines lutherischen Pastors über den Kulturkampf.

W. Wehrenpfennig, Die Gesetzgebung der Jahre 1871—1876, 1877.

E. Friedberg, Die Grenzen zwischen Staat und Kirche und die Garantien gegen deren Verletzungen. Tübingen 1872.

Derselbe, Das Deutsche Reich und die katholische Kirche. Leipzig 1872. (Separatabdruck aus Holtzendorffs Jahrbuch 1871.)

Derselbe, Die Ursache des Kulturkampfs. (Im Neuen Reich 1875.)

Derselbe, Die preußischen Gesetzentwürfe über die Stellung der Kirche zu dem Staat. Offner Brief an Ketteler.

F. H. Geffken, Staat und Kirche in ihrem Verhältnis geschichtlich entwickelt. Berlin 1875. Gemäßigt protestantischer Standpunkt. Gegner Falks, behandelt die kirchlichen Zustände aller europäischen Länder.

G. Graue, Nachwirkungen des Kulturkampfes. Leipzig 1907.

B. H. v. Segesser, Studien und Glossen zur Tagesgeschichte. Der Kulturkampf. Bern 1875. Selbständige Ansichten, aber oft gewagte Konstruktionen.

F. Schroeder, Vier Jahre Kulturkampf. Frankfurt a. M. 1876. Orthodox-konservativ.

Des deutschen Michel Katechismus über den Kulturkampf für das deutsche Volk. Berlin 1880. In Frage und Antwort, ganz populär, aber offenbar von wissenschaftlicher Seite.

Wiermann, Geschichte des Kulturkampfes, 2. Aufl. Leipzig 1886. W. ist der offiziöse Vielschreiber Nobolsky.

C. Rößler, Das Deutsche Reich und die kirchliche Frage. Leipzig 1876. Wichtig wegen des Verfassers Beziehungen zu Bismarck.

### B. Katholische Schriften.

Zunächst die verschiedenen Flugschriften Kettelers, die ich nicht einzeln anführe.

F. Michelis, Was sagt das Gewissen dazu? Ein nicht kulturkämpferischer Freundesbrief. Dortmund 1884. Vom altkatholischen Standpunkt, zum Teil ergreifend.

Drei Gewissensfragen über die Maigesetze. Beleuchtet von einem deutschen Theologen (wahrscheinlich Bischof Martin von Paderborn). Mainz 1873. Sehr jesuitisch. Die Antwort gibt immer der heilige Liguori, sehr bedenklich wegen der Vorschriften für katholische Richter.

R. Baumstark, Plus ultra. Schicksal eines deutschen Katholiken 1869 bis 1882.

F. X. Schulte, Geschichte der ersten sieben Jahre des preußischen Kulturkampfes. Essen 1879.

Derselbe, Geschichte des Kulturkampfes in Preußen. Essen 1882.

Msgr. Janiszewski (ausgewiesener Weihbischof von Posen), Histoire de la persecution de l'église catholique en Prusse (1870/76). Brüssel und Paris. (Sep.-Abdr. a. einer polnischen Revue.)



P. Reichensperger, Kulturkampf oder Friede in Staat und Kirche. Berlin 1876.

Derselbe, Über das Verhältnis des Staates zur Kirche im Hinblick auf die Jesuitendebatte 1872.

Fürst Isenburg-Birnstein, Ist der Kulturkampf als beendet zu betrachten? Offenbach 1887.

Der Kulturkampf, herausgegeben von einem ultramontanen Artilleristen. Zentralorgan für Gesperrte, Gesetzte und Ausgewiesene usw. 1875. (Mir ist nur Nr. 1—13, April bis Juni 1875, bekannt.)

M. Renitentus, Ein Opfer des Kulturkampfes oder Schicksale eines gesperrten und ausgewiesenen Priesters. Trier 1875. Demagogische Agitationsschrift mit geschmacklosen Rührseligkeiten.

Prof. Sepp, Deutschland und der Vatikan. Staats- und Volksmännern, sowie Kirchenoberen zur ernsten Erwägung. München 1872. Sepp ist ein guter Katholik, begeisterter Patriot, oft sehr gelehrt, besonders über das Unfehlbarkeitsdogma, scharfer Gegner des Zentrums.

---

Buchdruckerei des Waisenhauses in Halle (Saale).

# Verlag des Evangelischen Bundes, Halle (Saale).

**Bauer,** Stadtpfarrer K.: An Luthers Tische. 50 Pf.

**Borromäus-Enzyklika Pius' X.** vom 26. Mai 1910. (Lateinisch und deutsch mit Aktenstücken.) 75 Pf.

**v. Campe,** Landgerichtsdirektor Dr.: Dogmatische Intoleranz — bürgerliche Toleranz. Ein Beitrag zur Beurteilung des sogen. Toleranzantrages. 40 Pf.

**Fey,** Dr. C.: Die Wiederaufrichtung des röm. Kirchenwesens in der preuß. Provinz Sachsen. 80 Pf.

**Forberger,** Pastor Johs.: Moralstatistik des Königreichs Sachsen. 80 Pf.

**Friedewald,** Pastor R.: Warum evangelisch? Ein Zwiegespräch über die Unterscheidungslehren der ev. u. kathol. Kirche. 20 Pf.

**Haußleiter,** Prof. D. G.: Die evangel. Mission in den deutschen Schutzgebieten. 25 Pf.

**Herrmann,** Pastor M.: Die gesetzlichen Bestimmungen über die religiöse Erziehung der Kinder in Mischehen usw. 40 Pf.

**Kirsch,** Dr. P. A.: Konstitutioneller Staat und päpstlicher Absolutismus. (Als Anhang: Wortlaut des päpstl. Motu proprio vom 9. Okt. 1911). 50 Pf.

**Kochs,** Ernst: Übertritte aus der röm.-kathol. zur evangel. Kirche in Deutschland während des 19. Jahrhunderts. geb. 3 M.

**Lehmann,** Pastor H.: Zum Vortrag an evangelischen Volks- und Familienabenden. Heft 1: Luther im deutschen Lied. 50 Pf. — Heft 2: Luther und wir. 25 Pf.

**Mirbt,** Geh. Kons.-Rat Prof. D.: Die deutsch-evang. Diaspora im Auslande. 50 Pf.

**Mulert,** Privatdozent H.: Antimodernisteneid, freie Forschung und theologische Fakultäten. Mit Anhang: Der Antimodernisteneid, latein. und deutsch, nebst Aktenstücken. 1 M.

**Protestantisches Handbuch,** des Protestantischen Taschenbuchs 2. Auflage, im Auftrage des Vorstandes des Evangelischen Bundes herausgegeben unter Mitwirkung zahlreicher Fachmänner von Konsistorialrat Dr. Hermens und Superintendent Lic. Oskar Kohlschmidt. (In Vorbereitung.)

**Reden und Vorträge,** gehalten bei den Generalversammlungen des Evang. Bundes 1909, 1910, 1911, je 1 M.

**Vigilius,** Die neuesten päpstlichen Dekrete. 50 Pf.

**Vigilius,** Ludwig Windthorst (geb. 17. I. 1812, gest. 14. III. 1891.) 40 Pf.

**Wartburghefte;** erschienen sind bisher 57 Hefte (Preis je 10 Pf., Doppelhefte 20 Pf.).

## Im Verlage des Evangelischen Bundes, Halle (Saale)

ist erschienen und von dort oder durch
jede Sortimentsbuchhandlung zu beziehen:

# Die deutschen Katholikentage.

Auf Grund der amtlichen Berichte
dargestellt von

**P. Braeunlich.**

Bd. I gr. 8° IV, 356 S., M. 3.—
Bd. II gr. 8° IV, 382 S., M. 3.50

Das bedeutsame Werk Braeunlichs bietet eine nach bestimmten Rubriken geordnete Zusammenstellung dessen, was in den 56 umfänglichen Berichtebänden über die Katholikentage seit 1848 enthalten ist. Mit dem vor kurzem erschienenen II. Band liegt es nun abgeschlossen vor. Hat der erste Band den Kampf der deutschen Katholikentage um die Gewinnung der Massen und gegen die anderen Konfessionen, das politisch-soziale und das konfessionell-propagandistische Programm des ultramontanen Katholizismus aus seinen Tagungen in einem wirksamen Gesamtbilde vor die Öffentlichkeit gestellt, so kennzeichnet der zweite Band mit einer ebenso unerschöpflichen Fülle von Beweismaterial die kulturelle Weltanschauung der deutschen Katholikentage, d. h. des deutschen Ultramontanismus sowie deren Stellung zu Staat, Volk und Vaterland. Eine ganze mittelalterliche Welt ersteht beim Studium dieses aus reinsten katholischen Quellen schöpfenden Buches inmitten unseres Gegenwartslebens: Kampf gegen die moderne Kultur, gegen das Prinzip der freien Geistesemanzipation auf den Gebieten der Wissenschaft, der Literatur, der Kunst, der Bildung überhaupt — völlige Herrschaft engsten klerikalen Geistes über die Schulen und Universitäten, über Erziehung und Unterricht — Forderung der päpstlichen Weltherrschaft und des päpstlichen Richteramtes über Fürsten und Völker, Zurückstellung von Vaterland und Nation hinter den römischen Universalismus und Uniformismus, Unterordnung der staatlichen Rechte unter die ultramontanen Ansprüche. Das letzte Endziel Roms, die äußersten Konsequenzen der Entwicklungslinie, die von den ersten Anfängen des Papsttumes über Bonifatius VIII. bis zum Vatikanum läuft, sie treten — in der Flucht der Tagesereignisse und der wechselnden Erscheinung zu wenig erkannt oder bewußt und klug verschleiert — aus diesem Buche in erschreckender Deutlichkeit heraus. Für jeden, der zu dieser Entwicklung und den sich daraus ergebenden entscheidungsvollen Gegenwarts- und Zukunftsfragen Stellung nehmen will, ist das Braeunlich'sche Quellenwerk eine unentbehrliche Fundgrube, eine Waffenschmiede ersten Ranges. Besonders wertvolle Dienste wird das ausführliche und reichhaltige Sach- und Namenregister am Schlusse allen denen leisten, die sich in irgendeiner Richtung über das Wesen des Ultramontanismus und seine Ziele unterrichten möchten.


Buchdruckerei des Waisenhauses in Halle (Saale).